

QUARTALSBERICHT
1/2008
FRESENIUS MEDICAL CARE



Fresenius Medical Care

**Zwischenbericht
31.03.2008**

Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA

Else-Kröner-Straße 1
61346 Bad Homburg

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA

Inhalt

<i>Zwischenlagebericht</i>	2
a) Finanz- und Ertragslage.....	2
b) Bilanzstruktur	18
c) Ausblick.....	18
d) Neue Verlautbarungen.....	18
<i>Konzernabschluss</i>	20
Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung.....	20
Konzernbilanz.....	21
Konzern-Kapitalflussrechnung.....	22
Eigenkapitalveränderungsrechnung	23
Anmerkungen zum Konzernabschluss.....	24
<i>Nachtragsbericht</i>	42
<i>Corporate Governance</i>	43
<i>Kontakte und Kalender</i>	44

ZWISCHENLAGEBERICHT

Zwischenlagebericht

a) Finanz- und Ertragslage

Die folgende Darstellung und Analyse der operativen Ergebnisse der Fresenius Medical Care AG & Co. KGaA und ihrer Tochtergesellschaften sollte in Verbindung mit dem ungeprüften Konzernabschluss der Gesellschaft und den zugehörigen Anmerkungen gelesen werden, die sich an anderer Stelle dieses Berichts befinden, sowie mit den im Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2007 in der Form des 20-F/A enthaltenen Angaben und Erläuterungen.

Zukunftsbezogene Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsbezogene Aussagen im Sinne von Absatz 27A des Securities Act (Wertpapiergesetz) von 1933 in geänderter Fassung und Absatz 21E des Securities Exchange Act (Wertpapierhandelsgesetz) von 1934 in geänderter Fassung. In diesem Bericht wird mit der Verwendung der Worte „erwartet“, „geht davon aus“, „beabsichtigt“, „plant“, „ist der Überzeugung“, „strebt an“, „schätzt“ und ähnlicher Ausdrücke beabsichtigt, zukunftsbezogene Aussagen kenntlich zu machen. Obwohl die Gesellschaft davon überzeugt ist, dass die in solchen zukunftsbezogenen Aussagen wiederspiegelten Erwartungen plausibel sind, unterliegen zukunftsbezogene Aussagen naturgemäß Risiken und Unsicherheiten, von denen viele nicht genau vorhergesagt werden können und einige möglicherweise überhaupt nicht vorhergesehen werden können. Diese zukunftsbezogenen Aussagen wurden auf der Grundlage von aktuellen Annahmen und Einschätzungen formuliert, die der Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin als gesetzlichem Vertreter der Gesellschaft (im Folgenden „der Vorstand“) nach bestem Wissen getroffen hat. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen naturgemäß Risiken, Ungewissheiten, Annahmen und anderen Faktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse einschließlich der Finanzlage und der Profitabilität der Gesellschaft wesentlich von denjenigen abweichen oder negativer ausfallen als diejenigen, die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden. Des Weiteren können sich in die Zukunft gerichtete Schätzungen und Voraussagen, die auf Gutachten oder Informationen Dritter basieren, als unrichtig herausstellen. Daher kann die Gesellschaft keine Zusicherungen hinsichtlich der zukünftigen Richtigkeit der in diesem Bericht dargestellten Meinungen oder hinsichtlich des tatsächlichen Eintretens der hier beschriebenen Entwicklungen machen. Auch sind zukünftige Ergebnisse der Gesellschaft, selbst wenn sie den hier dargestellten Erwartungen entsprechen sollten, nicht notwendigerweise indikativ für die Leistung der Gesellschaft in zukünftigen Geschäftsjahren.

ZWISCHENLAGEBERICHT

Zu diesen Risiken, Ungewissheiten, Annahmen und anderen Faktoren gehören insbesondere:

- Änderungen in Erstattungen von staatlichen Stellen und privaten Versicherern für die Produkte und Dienstleistungen der Gesellschaft;
- Weitere Rückgänge in der Verabreichung von EPO oder der Erstattungsleistungen für EPO;
- die Abhängigkeit von staatlichen Erstattungszahlungen für Dialyseleistungen;
- das Ergebnis laufender staatlicher Ermittlungen;
- der Einfluss von privaten Versicherern und Managed Care-Organisationen sowie Gesundheitsreformen;
- Produkthaftungsrisiken und Patentrechtsstreitigkeiten;
- Risiken aus der Integration von Akquisitionen und die Abhängigkeit der Gesellschaft von weiteren Akquisitionen;
- die Auswirkungen von Wechselkursschwankungen;
- Änderungen im Verordnungsumfeld für Medikamente.
- die Einführung von Generika oder neuen Medikamenten, die mit pharmazeutischen Produkten der Gesellschaft konkurrieren; und
- sonstige Aussagen der Gesellschaft über die Erwartung, Überzeugung, zukünftigen Planungen und Strategien, angenommen Entwicklungen und sonstigen Themen, die keine historische Fakten darstellen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist darüber hinaus weiteren Risiken und Unsicherheiten ausgesetzt, die im Rahmen der veröffentlichten Berichte der Gesellschaft dargestellt sind. Veränderungen in jedem dieser Bereiche könnten dazu führen, dass die Ergebnisse wesentlich von den Ergebnissen abweichen, die sie oder andere vorhergesagt haben oder vorhersagen werden.

Die im Konzernabschluss dargestellte Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft wird durch die angewendeten Rechnungslegungsgrundsätze sowie durch die Annahmen und Schätzungen beeinflusst, die dem Konzernabschluss der Gesellschaft zu Grunde liegen. Die tatsächlich angewandten Rechnungslegungsgrundsätze, die Beurteilungen im Rahmen der Auswahl und Anwendung dieser Grundsätze sowie die Sensitivität der berichteten Ergebnisse in Bezug auf Änderungen in den Rechnungslegungsgrundsätzen, Annahmen und Schätzungen stellen Faktoren dar, in deren Kontext der vorliegende Konzernabschluss und die im Folgenden unter „Operative Entwicklung“ dargestellten Ausführungen zu betrachten sind. Für eine Diskussion der kritischen Rechnungslegungsgrundsätze siehe Kapitel 04.1 „Darstellung und Analyse – Kritische Rechnungslegungsgrundsätze“ im Geschäftsbericht 2007 gemäß Format 20-F.

ZWISCHENLAGEBERICHT

Überblick

Das Geschäft der Gesellschaft besteht vorwiegend aus der Erbringung von Dialyседienstleistungen sowie der Produktion und dem Vertrieb von Produkten und Geräten für die Behandlung von Patienten mit terminaler Niereninsuffizienz. In den USA führt die Gesellschaft zusätzlich klinische Labortests durch. Die Gesellschaft schätzt, dass die Bereitstellung von Dialyседienstleistungen und die Herstellung und der Vertrieb von Dialyseprodukten und -geräten einen weltweiten Markt von über 58 Mrd.US-\$ mit einem erwarteten jährlichen weltweiten Patientenzuwachs von 6% darstellt. Der Patientenzuwachs wird durch Faktoren wie die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung, ein steigendes Aufkommen von Diabetes und Bluthochdruck, welche häufig einem terminalen Nierenversagen vorangehen, Verbesserungen bei der Behandlungsqualität, durch die das Leben des Patienten verlängert wird, und die sich verbessernden Lebensstandards in den Entwicklungsländern, welche eine lebensrettende Dialysebehandlung ermöglichen, verursacht. Der Schlüssel zu kontinuierlichem Wachstum der Umsätze aus Dialyседienstleistungen ist die Fähigkeit der Gesellschaft, neue Patienten zur Steigerung der Anzahl der jährlich durchgeführten Behandlungen zu gewinnen. Daher geht die Gesellschaft davon aus, dass die Anzahl der jährlich durchgeführten Behandlungen ein aussagefähiger Indikator für kontinuierliches Umsatzwachstum und Erfolg ist. Zusätzlich beeinflussen das Erstattungsumfeld sowie das Umfeld für die Verordnung von Zusatzdienstleistungen das Geschäft der Gesellschaft erheblich. In der Vergangenheit erlebte die Gesellschaft im Allgemeinen stabile Erstattungen für Dialysebehandlungen, und sie erwartet diese auch in der Zukunft. Das beinhaltet den Ausgleich von ungünstigen Änderungen der Erstattungssätze in gewissen Ländern durch günstige Änderungen in anderen Ländern. Ein Großteil der Behandlungen wird von staatlichen Institutionen wie Medicare in den USA bezahlt. Als Konsequenz des Drucks zur Kostenreduzierung im Gesundheitswesen waren die Steigerungen der Erstattungssätze begrenzt. Die Fähigkeit der Gesellschaft, die Preise für ihre Dienstleistungen zu beeinflussen, ist beschränkt. Die Ertragskraft ist abhängig von der Fähigkeit der Gesellschaft, ansteigende Personal-, Medikamenten- und Verbrauchsmaterialkosten zu kontrollieren.

Das Centers for Medicare and Medicaid Services („CMS“) hat den Arzneimittelzuschlag für das Kalenderjahr 2008 um 0,69 US-\$ erhöht, so dass der Arzneimittelzuschlag nunmehr 15,5% des gesamten voraussichtlichen Erstattungssatzes je Behandlung beträgt. Anders als viele andere Medicare-Programme unterliegt der ESRD-Erstattungssatz keiner automatischen jährlichen Anpassung. Daher erfährt dieser Anteil des Erstattungssatzes keine jährliche Anpassung, wenn keine entsprechende Gesetzesänderung vorgenommen wird. Obwohl der amerikanische Kongress in den vergangenen fünf Jahren den Erstattungssatz jeweils um zwischen 1,6% und 2,4% erhöht hat, hat der Kongress bis heute noch kein Gesetz zur Aktualisierung des Erstattungssatzes für das Kalenderjahr 2008 verabschiedet. Das CMS hat die lohnindexbasierte Anpassung für Dialyseeinrichtungen dergestalt aktualisiert, dass diese sich nunmehr zu 25% aus einer alten – auf den statistischen Ballungsgebieten (MSA – metropolitan statistical area) beruhenden – Anpassung und zu 75% aus einer neuen – auf den statistischen Kerngebieten (CBSA – core-based statistical area) basierenden – Anpassung berechnet. Das CMS geht davon aus, dass es 2009 den Übergang von der MSA Definition auf die CBSA Definition abschließen wird, so dass die Zahlungen an Einrichtungen dann auf dem CBSA-Satz basieren werden. Für eine Diskussion der Erstattungsraten für Dialysebehandlungen siehe Kapitel 4 Gliederungspunkt B „Business Overview – Regulatory and Legal Matters – Reimbursement“ im Geschäftsbericht 2007 gemäß Format 20-F.

ZWISCHENLAGEBERICHT

Bestimmte andere Artikel und Dienstleistungen, die die Gesellschaft in ihren Dialysezentren bereitstellt bzw. erbringt, sind im Erstattungssatz nicht enthalten und werden von Medicare separat erstattet. Zu den wesentlichen gehören Medikamente wie blutbildungsanregende Substanzen (erythropoietin-stimulating agents – „ESA“), Vitamin-D- und Eisen-Präparate, die mit 106% des vom Hersteller an das CMS gemeldeten Durchschnittsverkaufspreises erstattet werden. Produkte und Nebendienstleistungen für Patienten mit terminaler Niereninsuffizienz, die ihre Dialysebehandlungen zu Hause durchführen, werden ebenfalls separat erstattet. Die Erstattungsstruktur hierfür ist mit dem Erstattungssatz für Behandlungen in Dialysezentren vergleichbar. Diese Erstattungsmethoden begrenzen die zulässigen abrechenbaren Beträge je Behandlung, führen aber zu planbaren Erlösen je Behandlung für die Gesellschaft.

Das CMS schätzt, dass diese Änderungen 2008 zu einer Steigerung der Medicare-Erstattungen an Dialyseeinrichtungen für Patienten mit terminalem Nierenversagen um 0,5% führen werden, wobei es je nach Größe und Standort der Kliniken zu Abweichungen hiervon kommen wird. Weiterhin schätzt das CMS, dass gewinnorientierte Einrichtungen 2008 eine Erhöhung von insgesamt 0,4% verzeichnen und gemeinnützige Kliniken 0,9% mehr erhalten werden. Die Gesellschaft schätzt, dass die Auswirkungen dieser Änderungen auf ihr operatives Geschäft den Berechnungen des CMS entsprechen.

Im März 2007 hat der Hersteller von Epogen und Aranesp auf Verlangen der FDA seinen Dosierungsanweisungen auf dem Verpackungsetikett eine schwarz gerahmte Sicherheitswarnung, die sogenannte „Blackbox‘ safety warning“, (die höchste Sicherheitswarnstufe der FDA) hinzugefügt. Im April 2007 hat die US-amerikanische National Kidney Foundation ihre Richtlinien zur Behandlung von Blutarmut abgeändert („K/DOQI“).

Im Juli 2007 gab das CMS eine Änderung der US-amerikanischen Überwachungsrichtlinie für Erythropoese-Stimulanzen („ESA“) bekannt, die zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist. Im Rahmen der Änderung verringert das CMS die maximale monatliche Gesamtdosis von 500.000 IU auf 400.000 IU für Epogen und von 1.500 µg auf 1.200 µg für Aranesp. Die Änderung behält die ursprüngliche Anforderung einer 25%igen Reduzierung der erstattbaren Epogen- oder Aranespdosis für Fälle, in denen der Hämoglobinwert eines Patienten für einen Zeitraum von unter drei monatlichen Fakturierungszyklen 13,0 g/dl übersteigt, bei. Zusätzlich wird die Erstattung nunmehr um 50% der gemeldeten Dosis gekürzt, wenn der Hämoglobinwert drei oder mehr Monate lang 13,0 g/dl übersteigt. Im November 2007 gab die FDA Änderungen in der Produktetikettierung für ESA bekannt. Unter anderem wurden damit die Dosierungsempfehlungen für Patienten mit Blutarmut und chronischem Nierenversagen dahingehend geändert, dass Ärzten explizit geraten wird, die Hämoglobinwerte innerhalb einer Bandbreite von 10 bis 12 g/dl zu halten. Zusätzlich wurden die Warnungen vor möglichen negativen Nebenwirkungen bei der Verabreichung von ESA zur Erzielung von höheren Hämoglobinwerten verschärft.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass ihre Abrechnungsrichtlinien für ESA den Richtlinien des CMS entsprechen. Die Gesellschaft hat ihren behandelnden Ärzten empfohlen, den Beipackzettel und die K/DOQI-Richtlinien zu lesen und zu verstehen, wenn sie Entscheidungen zur Behandlung von Blutarmut treffen.

ZWISCHENLAGEBERICHT

Jede der folgenden Änderungen bezüglich ESA könnte sich negativ auf das Geschäft und das operative Ergebnis der Gesellschaft auswirken, möglicherweise in wesentlichem Umfang:

- zukünftige Änderungen in den Erstattungsmethoden und/oder -sätzen für ESA;
- Abdeckung von ESA durch den Medicare Erstattungssatz ohne eine entsprechende Erhöhung dieses Satzes;
- Reduzierung der üblichen Dosis je Verabreichung;
- Steigerungen der ESA-Kosten ohne entsprechende Erhöhungen des ESA-Erstattungssatzes; oder
- Reduzierung der Überbefüllungsmenge in den ESA-Ampullen durch den ESA-Hersteller.

Im Februar 2008 hat Baxter Healthcare aufgrund von Berichten über negative Nebenwirkungen bei Patienten seine Natrium-Heparin Injektionsprodukte zurückgezogen und deren Herstellung eingestellt. Heparin ist ein weit verbreitetes und routinemäßig eingesetztes Blutverdünnungsmittel, das in der Behandlung von Dialysepatienten zur Verhinderung von lebensgefährlichen Thrombosen verwendet wird. Vor dem Rückruf hatte die FMCH einen Großteil ihres Heparinbedarfs von Baxter bezogen. In Reaktion auf den Rückruf hat die FMCH ihren gesamten Heparineinkauf auf den einzigen verbleibenden US-Hersteller von durch die FDA zugelassenem Heparin verlagert, was zu einer wesentlichen Steigerung der Kosten der FMCH für dieses Produkt geführt hat. Eine weitere Verknappung oder Lieferunterbrechung von durch die FDA zugelassenem Heparin könnte sich wesentlich negativ auf das Geschäft, die Finanzlage und das operative Ergebnis der Gesellschaft auswirken.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist in drei operativen Segmenten organisiert: Nordamerika, International und Asien-Pazifik. Die Gesellschaft hat die operativen Segmente International und Asien-Pazifik für Berichtszwecke zum Segment „International“ zusammengefasst. Diese Zusammenfassung erfolgte aufgrund der Ähnlichkeit der in den beiden Segmenten vorherrschenden wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Ähnlichkeit bezieht sich unter anderem auf die erbrachten Dienstleistungen, die vertriebenen Produkte, die Art der Patientenstrukturen, die Vertriebsmethoden für Produkte und Dienstleistungen sowie das wirtschaftliche Umfeld. Die für die Rentabilität und den Cash Flow aller Bereiche eines Segments zuständigen Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin überwachen das Management des jeweiligen Segments. Die Rechnungslegungsgrundsätze der operativen Segmente sind die gleichen wie für die nach den in den USA allgemein anerkannten Grundsätzen der Rechnungslegung („U.S.-GAAP“) aufgestellten Konzernabschlüsse der Gesellschaft. Der Vorstand beurteilt die Segmente anhand einer Zielgröße, die so gewählt ist, dass sie alle Aufwendungen und Erträge beinhaltet, die im Entscheidungsbereich der Segmente liegen.

Bezüglich der Leistung der operativen Geschäftstätigkeit ist der Vorstand der Gesellschaft davon überzeugt, dass der dafür am besten geeignete Maßstab die operative Entwicklung ist, welche die Ertragskraft der Gesellschaft abbildet. Finanzierung ist eine zentrale Aufgabe, die nicht dem Einfluss der Segmente unterliegt, daher fließen Zinsaufwendungen für die Finanzierung nicht in die Zielgröße für ein Segment ein. Auch die Steueraufwendungen unterliegen nach Ansicht der Gesellschaft nicht dem Einfluss der Segmente. Die Kosten der Zentralbereiche, die im

ZWISCHENLAGEBERICHT

Wesentlichen aus bestimmten Aufwendungen der Konzernzentrale in den Bereichen Rechnungswesen und Finanzen, Beratungsleistungen etc. bestehen, werden ebenfalls nicht berücksichtigt, da es sich nach Ansicht der Gesellschaft auch hier um Kosten handelt, die nicht der Kontrolle der einzelnen Segmente unterliegen. Daher werden diese Komponenten nicht in die Analyse der Segmentergebnisse einbezogen, sondern separat in der folgenden Darstellung der operativen Entwicklung des Konzerns erläutert.

Operative Entwicklung

Die folgenden Tabellen fassen den finanziellen Erfolg und ausgewählte operative Entwicklungen der Gesellschaft nach wesentlichen Geschäftssegmenten für die angegebenen Zeiträume zusammen. Umsätze zwischen den Segmenten betreffen hauptsächlich den Verkauf von medizinischen Geräten und Verbrauchsmaterialien vom Segment International an das Segment Nordamerika. Die Informationen sind nach dem Managementansatz aufbereitet, d.h. in der gleichen Art und Weise und auf der gleichen Basis, mit der das Management intern finanzielle Informationen zur Unterstützung von operativen Entscheidungen und zur Beurteilung der Managementergebnisse verarbeitet.

	1. Januar bis 31. März	
	(ungeprüft)	
	(in Mio. US-\$)	
	2008	2007
Umsatzerlöse		
Nordamerika	1.668	1.637
International	863	705
Gesamt	2.531	2.342
Transfer zwischen den Segmenten		
Nordamerika	-	-
International	19	21
Gesamt	19	21
Umsatzerlöse mit Dritten		
Nordamerika	1.668	1.637
International	844	684
Gesamt	2.512	2.321
Abschreibungen		
Nordamerika	55	53
International	40	32
Zentralbereiche	1	-
Gesamt	96	85
Operatives Ergebnis (EBIT)		
Nordamerika	273	258
International	143	121
Zentralbereiche	(27)	(14)
Gesamt	389	365
Zinserträge	5	3
Zinsaufwendungen	(88)	(98)
Ertragsteuern	(114)	(103)
Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	(6)	(7)
Quartalsergebnis	186	160

ZWISCHENLAGEBERICHT

Konzernabschluss

	1. Quartal 2008	1. Quartal 2007	Veränderung in %	
			wie berichtet	zu konstanten Wechselkursen
Anzahl der Behandlungen	6.723.779	6.410.352	5%	
Organisches Behandlungswachstum in %	3,9%	4,0%		
Umsatz in Mio. US-\$	2.512	2.321	8%	4%
Bruttoergebnis in % vom Umsatz	34,1%	33,8%		
Vertriebs- und allgemeine Verwaltungskosten in % vom Umsatz	17,8%	17,5%		
Quartalsergebnis in Mio. US-\$	186	160	16%	

Die Gesellschaft erbrachte 6.723.779 Behandlungen im 1. Quartal 2008, ein Anstieg um 5% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2007. Hierzu trugen das organische Behandlungswachstum 4% und Akquisitionen 1% bei.

Am 31. März 2008 besaß, betrieb oder leitete die Gesellschaft (ohne von der Gesellschaft geleitete, jedoch nicht konsolidierte Kliniken in den USA) 2.297 Kliniken im Vergleich zu 2.194 am 31. März 2007. Im 1. Quartal 2008 übernahm die Gesellschaft 20 Kliniken, eröffnete 44 Kliniken und schloss oder verkaufte 5 Kliniken. Die Anzahl der behandelten Patienten in Kliniken, die die Gesellschaft besitzt, betreibt oder leitet (ohne von der Gesellschaft geleitete, nicht konsolidierte Kliniken in den USA), stieg um 5% von 169.216 am 31. März 2007 auf 177.059 am 31. März 2008. Einschließlich der 32 Kliniken, die die Gesellschaft in den USA leitet aber nicht konsolidiert, betrug die Gesamtanzahl der Patienten 178.771.

Die Umsätze im 1. Quartal 2008 stiegen gegenüber dem Vergleichszeitraum in 2007 um 8% (4% zu konstanten Wechselkursen) aufgrund des Umsatzwachstums sowohl bei Dialyседienstleistungen als auch bei Dialyseprodukten.

Der Umsatz aus Dialyседienstleistungen stieg im 1. Quartal 2008 um 5% auf 1.844 Mio. US-\$ (3% zu konstanten Wechselkursen). Dies ist hauptsächlich zurückzuführen auf das organische Behandlungswachstum (4%), Akquisitionen (1%) und Währungsumrechnungseffekte (2%), teilweise ausgeglichen durch Klinikverkäufe und -schließungen (1%) und geringere Erlöse je Behandlung (1%).

Der Umsatz aus Dialyseprodukten stieg im gleichen Zeitraum um 19% auf 667 Mio. US-\$ (10 % zu konstanten Wechselkursen) hauptsächlich verursacht durch den stärkeren Absatz von Hämodialysegeräten, Dialysatoren, Konzentraten und Produkten für die Peritonealdialyse sowie durch gestiegene Umsätze mit dem Phosphat-Binder PhosLo®.

Die Verbesserung der Bruttoergebnismarge basierte hauptsächlich auf verbesserten Bruttoergebnissen in Nordamerika, die sich aus gestiegenen Umsätzen mit privaten Versicherern (die im Allgemeinen höhere Erstattungssätze zahlen als staatliche Versicherer wie Medicare und Medicaid) und geringeren Personalkosten ergaben. Diese Effekte wurden teilweise ausgeglichen durch einen Rückgang der Verabreichung von EPO und geringere

ZWISCHENLAGEBERICHT

Erstattungssätze für EPO sowie im Segment International durch aufgrund des starken Euros gestiegene Kosten für aus Europa bezogene Produkte.

Die Vertriebskosten und die allgemeinen Verwaltungskosten stiegen auf 448 Mio. US-\$ im 1. Quartal 2008 von 406 Mio. US-\$ im gleichen Zeitraum 2007. Die Vertriebskosten und die allgemeinen Verwaltungskosten in Prozent vom Umsatz stiegen auf 17,8% im 1. Quartal 2008 von 17,5% im gleichen Zeitraum 2007. Dieser gestiegene Prozentsatz war auf höhere Kosten der Zentralbereiche zurückzuführen, hauptsächlich im Zusammenhang mit unter den Kosten der Zentralbereiche ausgewiesenen Aufwendungen der Renal Solutions Inc., Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit Patentrechtsstreitigkeiten und Personalaufwand aus Aktienoptionen. Des Weiteren enthalten die Vertriebs- und allgemeinen Verwaltungskosten einen Gewinn aus der Veräußerung eines Minderheitenanteils an den Kliniken der Gesellschaft im US-Bundesstaat Arizona sowie einen Gewinn aus der Veräußerung des Minderheitsanteils der Gesellschaft an einer Einrichtung in Italien. Diese Gewinne wurden teilweise durch Fremdwährungsverluste ausgeglichen. Die Aufwendungen für Forderungsverluste betrugen im 1. Quartal 2008 49,1 Mio. US-\$ gegenüber 48,7 Mio. US-\$ in 2007, entsprechend 2,0% vom Umsatz im 1. Quartal 2008 und 2,1% im Vergleichszeitraum 2007.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten erhöhten sich im 1. Quartal 2008 auf 19 Mio. US-\$ von 13 Mio. US-\$ im gleichen Zeitraum 2007, hauptsächlich aufgrund zusätzlicher Forschungs- und Entwicklungsprogramme im Zusammenhang mit Feldversuchen neuer Produkte sowie Projekten im Bereich der Hemodialyse.

Das operative Ergebnis stieg auf 389 Mio. US-\$ im 1. Quartal 2008 von 365 Mio. US-\$ im gleichen Zeitraum 2007. In Prozent vom Umsatz („operative Marge“) sank es von 15,7% im 1. Quartal 2007 auf 15,5% im gleichen Zeitraum 2008. Der prozentuale Rückgang resultiert aus der oben angeführten Steigerung der Vertriebs- und allgemeinen Verwaltungskosten in Prozent vom Umsatz sowie der höheren Forschungs- und Entwicklungskosten, teilweise ausgeglichen durch die vorstehend beschriebene Erhöhung der Bruttogewinnspanne.

Der Zinsaufwand sank um 10% von 98 Mio. US-\$ für das 1. Quartal 2007 auf 88 Mio. US-\$ für das 1. Quartal 2008, hauptsächlich aufgrund gesunkener Zinssätze.

Die Ertragssteuern erhöhten sich auf 114 Mio. US-\$ im 1. Quartal 2008 von 103 Mio. US-\$ für das 1. Quartal 2007 aufgrund gesteigener Ergebnisse. Der effektive Steuersatz für das 1. Quartal 2008 betrug 37%, verglichen mit 38% für den gleichen Zeitraum 2007.

Das Quartalsergebnis für das 1. Quartal 2008 stieg auf 186 Mio. US-\$ von 160 Mio. US-\$ für den gleichen Zeitraum 2007. Der Anstieg ist hauptsächlich auf die Auswirkungen der oben angeführten Ursachen zurückzuführen.

Die Gesellschaft beschäftigte zum 31. März 2008 62.504 Mitarbeiter (umgerechnet auf Vollzeitkräfte) im Vergleich zu 61.406 zum 31. Dezember 2007. Dies entspricht einer Zunahme von 2 %, die im Wesentlichen auf das allgemeine Wachstum des Geschäfts der Gesellschaft zurückzuführen ist.

ZWISCHENLAGEBERICHT

Die folgenden Erörterungen beziehen sich auf die operativen Segmente der Gesellschaft und auf die Zielgrößen, welche die Gesellschaft zur Führung dieser Segmente zugrunde legt.

Segment Nordamerika

	1. Quartal 2008	1. Quartal 2007	Veränderung in %
Anzahl der Behandlungen	4.647.996	4.481.077	4%
Organisches Behandlungswachstum in %	2,7%	2,8%	
Umsatz in Mio. US-\$	1.668	1.637	2%
Abschreibungen in Mio. US-\$	55	53	5%
Operatives Ergebnis in Mio. US-\$	273	258	5%
Operative Marge in %	16,4%	15,8%	

Umsatzerlöse

Die Behandlungen stiegen im 1. Quartal 2008 um 4% gegenüber dem gleichen Zeitraum 2007, hauptsächlich aufgrund des organischen Behandlungswachstums (3%) sowie Akquisitionen (1%). Zum 31. März 2008 wurden 122.691 Patienten (3% mehr als im Vorjahr) in den 1.640 Kliniken behandelt, die die Gesellschaft im Segment Nordamerika besitzt oder betreibt, verglichen mit 118.732 behandelten Patienten in 1.574 Kliniken zum 31. März 2007. Der Durchschnittserlös je Behandlung verringerte sich von 325 US-\$ im 1. Quartal 2007 auf 322 US-\$ im 1. Quartal 2008. In den USA sank der Durchschnittserlös je Behandlung von 329 US-\$ im 1. Quartal 2007 auf 326 US-\$ im 1. Quartal 2008. Die Verringerung des Erlössatzes je Behandlung beruht hauptsächlich auf einem Rückgang der Verabreichung von EPO und geringeren Erstattungssätzen für EPO, teilweise ausgeglichen durch verbesserte Sätze aus Verträgen mit privaten Versicherern.

Der Umsatz des Segments Nordamerika erhöhte sich im 1. Quartal 2008 aufgrund eines Anstiegs der Umsätze im Geschäftszweig Dialysedienstleistungen um 1% auf 1.495 Mio. US-\$ von 1.483 Mio. US-\$ im gleichen Zeitraum 2007 und der Umsätze mit Dialyseprodukten um 12% auf 172 Mio. US-\$ von 153 Mio. US-\$ im 1. Quartal 2007.

Der Anstieg der Umsätze aus Dialysedienstleistungen ergab sich aus einem organischen Behandlungswachstum (3%) und Akquisitionen (1%), teilweise ausgeglichen durch eine Verringerung des Erlöses je Behandlung (1%). Des Weiteren wurde das 1. Quartal 2008 negativ beeinflusst (2%), da das 1. Quartal 2007 Umsätze aus dem Perfusionsgeschäft der Gesellschaft enthielt, das im 2. Quartal 2007 veräußert wurde. Die Verabreichung von EPO betrug im 1. Quartal 2008 bzw. im 1. Quartal 2007 ca. 19% bzw. 24% der Gesamtumsätze aus Dialysedienstleistungen im Segment Nordamerika.

Die Erhöhung der Produktumsätze wurde hauptsächlich verursacht durch ein stärkeres Absatzvolumen bei Konzentraten, Dialysatoren, Produkten für die Peritonealdialyse und Geräten sowie durch höhere Umsätze mit dem Phosphat-Binder PhosLo®, die sich sowohl aus einem verbesserten Absatzvolumen als auch aus gestiegenen Preisen ergaben.

ZWISCHENLAGEBERICHT

Operatives Ergebnis

Das operative Ergebnis stieg um 5 % auf 273 Mio. US-\$ im 1. Quartal 2008 von 258 Mio. US-\$ im gleichen Zeitraum 2007. Die operative Marge erhöhte sich auf 16,4 % im 1. Quartal 2008 von 15,8 % im gleichen Zeitraum 2007, im Wesentlichen aufgrund von geringeren Kosten je Behandlung, einem höheren Produktabsatzvolumen, und einem Gewinn aus der Veräußerung eines Minderheitenanteils an den Kliniken der Gesellschaft im US-Bundesstaat Arizona, teilweise ausgeglichen durch einen geringeren Erlös je Behandlung aufgrund eines Rückgangs der Verabreichung von EPO und geringerer Erstattungssätze für EPO. Die Kosten je Behandlung verringerten sich von 272 US-\$ im 1. Quartal 2007 auf 271 US-\$ im 1. Quartal 2008.

Segment International

	1. Quartal 2008	1. Quartal 2007	Veränderung in %	
			wie berichtet	zu konstanten Wechselkursen
Anzahl der Behandlungen	2.075.783	1.929.275	8%	
Organisches Behandlungswachstum in %	7,1%	6,3%		
Umsatz in Mio. US-\$	844	684	23%	10%
Abschreibungen in Mio. US-\$	40	32	28%	
Operatives Ergebnis in Mio. US-\$	143	121	19%	
Operative Marge in %	17,0%	17,6%		

Umsatzerlöse

Die Behandlungen stiegen im 1. Quartal 2008 um 8% gegenüber dem gleichen Zeitraum 2007, hauptsächlich aufgrund des organischen Behandlungswachstums (7%) und Akquisitionen (2%), teilweise ausgeglichen durch Klinikverkäufe und -schließungen (1%). Zum 31. März 2008 wurden 54.368 Patienten (8% mehr als in dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) in den 657 Kliniken behandelt, die die Gesellschaft im Segment International besitzt, betreibt oder leitet, verglichen mit 50.484 behandelten Patienten in 620 Kliniken zum 31. März 2007. Der Durchschnittserlös je Behandlung stieg auf 168 US-\$ von 144 US-\$, was im Wesentlichen eine Folge von gestiegenen Erstattungssätzen und Änderungen im Ländermix (7 US-\$) sowie der Stärkung der lokalen Währungen gegenüber dem US-Dollar (17 US-\$) war.

Der Umsatzanstieg des Segments International für das 1. Quartal 2008 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum resultierte aus Erhöhungen der Umsätze sowohl bei Dialyседienstleistungen als auch bei Dialyseprodukten. Das organische Behandlungswachstum im Quartal betrug 10% und etwa 1% ergaben sich aus Akquisitionen, teilweise ausgeglichen durch Klinikverkäufe und -schließungen (1%). Währungsumrechnungseffekte trugen weitere 13 % bei.

Einschließlich der Akquisitionseffekte nahm der Umsatz in der Region Europa um 26% (11% zu konstanten Wechselkursen), in der Region Lateinamerika um 28% (14% zu konstanten Wechselkursen) und in der Region Asien-Pazifik um 12% (6% zu konstanten Wechselkursen) zu.

ZWISCHENLAGEBERICHT

Der Gesamtumsatz aus Dialyседienstleistungen für das Segment International stieg im Verlauf des 1. Quartals 2008 um 26% (13% zu konstanten Wechselkursen) auf 349 Mio. US-\$ von 277 Mio. US-\$ im gleichen Zeitraum 2007. Diese Zunahme ist eine Folge des organischen Behandlungswachstums von 7% und eines Zuwachses aufgrund von Akquisitionen von 1%, teilweise ausgeglichen durch Klinikverkäufe und -schließungen (1%). Ein Anstieg des Erlöses je Behandlung trug 6 % bei und Währungsumrechnungseffekte wirkten sich mit ungefähr 13% aus.

Der Gesamtumsatz aus dem Vertrieb von Dialyseprodukten stieg im 1. Quartal 2008 um 22% (9% zu konstanten Wechselkursen) auf 495 Mio. US-\$. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf höhere Absatzzahlen bei Dialysatoren und Geräten zurückzuführen.

Operatives Ergebnis

Das operative Ergebnis verbesserte sich um 19% auf 143 Mio. US-\$. Dazu haben hauptsächlich der Anstieg von Behandlungsvolumen, Erlös je Behandlung und Produktabsatzvolumen beigetragen. Die Bruttogewinnspanne verringerte sich um etwa 1%, hauptsächlich verursacht durch die aufgrund des starken Euros gestiegenen Kosten für aus Europa bezogene Produkte und ein höheres Wachstum im Dialyседienstleistungsgeschäft durch eine größere Anzahl an neu eröffneten Kliniken, von denen viele noch nicht voll ausgelastet sind. Diese Effekte wurden teilweise ausgeglichen durch einen Gewinn aus der Veräußerung des Minderheitsanteils der Gesellschaft an einer Einrichtung in Italien.

Liquidität und Mittelherkunft

Liquidität

Die Gesellschaft benötigt Liquidität vornehmlich zur Akquisition und Entwicklung von eigenständigen Dialysezentren, zum Erwerb von Grundstücken für neue Dialysezentren und Produktionsstätten sowie zur Anschaffung von Ausrüstung für bestehende oder neue Dialysezentren und Produktionsstätten, zur Finanzierung des Nettoumlaufvermögens und zur Rückzahlung von Finanzverbindlichkeiten. Zum 31. März 2008 hatte die Gesellschaft liquide Mittel von 220 Mio. US-\$. Das Verhältnis von Umlaufvermögen zu kurzfristigen Verbindlichkeiten betrug 1,4. Das Nettoumlaufvermögen betrug 1.167 Mio. US-\$, ein Anstieg gegenüber 833 Mio. US-\$ am 31. Dezember 2007. Der Anstieg war hauptsächlich zurückzuführen auf den Anstieg der Forderungs- und Vorratsbestände, teilweise ausgeglichen durch eine Erhöhung der kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Wesentliche Quellen der Liquidität waren in der Vergangenheit Mittelzuflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit, aus kurzfristigen Krediten und aus langfristigen Darlehen sowohl von Dritten als auch von verbundenen Unternehmen sowie aus der Ausgabe von Aktien und Anleihen sowie genussscheinähnlichen Wertpapieren („Trust Preferred Securities“). Die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit werden beeinflusst durch die Rentabilität des Geschäfts der Gesellschaft und durch die Entwicklung ihres Nettoumlaufvermögens, insbesondere des Forderungsbestands. Die Rentabilität des Geschäfts der Gesellschaft hängt wesentlich von den Erstattungssätzen ab. Etwa 73% der Umsätze der Gesellschaft entfallen auf Dialysebehandlungen, wobei ein erheblicher Anteil entweder von staatlichen Gesundheitsorganisationen oder von privaten Versicherungsgesellschaften erstattet wird. Im 1. Quartal 2008 resultierten etwa 36% des Konzernumsatzes aus den Erstattungen von staatlichen US-Gesundheitsprogrammen wie Medicare und Medicaid. Gesetzesänderungen können alle Medicare-Erstattungssätze für die von der Gesellschaft erbrachten Dienstleistungen wie auch den Umfang der Medicare-

ZWISCHENLAGEBERICHT

Leistungen betreffen. Eine Senkung der Erstattungssätze könnte wesentliche negative Auswirkungen auf das Geschäft, die Finanzlage und das operative Ergebnis der Gesellschaft haben und damit auf die Fähigkeit der Gesellschaft, Zahlungsmittelzuflüsse zu erzeugen. Der obige Abschnitt „Überblick“ enthält eine Darstellung von neuen Änderungen in Medicare-Erstattungssätzen. Des Weiteren hängen die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit von der Einziehung der Forderungen ab. Die Gesellschaft könnte bei der Durchsetzung und Einziehung der Forderungen auf Schwierigkeiten mit den Rechtssystemen einiger Länder stoßen. Einige Kunden und staatliche Einrichtungen können längere Zahlungszyklen haben. Sollte sich der Zahlungszyklus verlängern, könnte dies einen wesentlichen negativen Effekt auf die Fähigkeit der Gesellschaft zur Generierung von Mittelzuflüssen haben.

Der Forderungsbestand zum 31. März 2008 bzw. 31. Dezember 2007 entsprach nach Wertberichtigungen etwa 76 bzw. 73 Nettotagesumsätzen. Der Anstieg im Segment Nordamerika ist zurückzuführen auf eine Ausweitung des Tendergeschäfts, bei dem dialyserelevante Produkte und Dienstleistungen ausgeschrieben werden, wobei diese Ausschreibungen für einen bestimmten Zeitraum gelten, sowie den Zeitpunkt von Medicaid-Zahlungen in bestimmten US-Bundesstaaten. Die Erhöhung im Segment International beruht im Wesentlichen auf der positiven Auswirkung der die Erwartungen übertreffenden Forderungseingänge in Westeuropa und Lateinamerika in 2007.

Die folgende Tabelle stellt eine Übersicht über die Entwicklung der Forderungslaufzeiten nach operativen Segmenten dar.

	31. März 2008	31. Dezember 2007
Nordamerika	60	58
International	107	104
Total	76	73

Die Gesellschaft erzeugt Mittelzuflüsse aus kurzfristigen Krediten durch Forderungsverkäufe im Rahmen des Forderungsverkaufsprogramms und durch Aufnahme von Krediten bei der Muttergesellschaft Fresenius SE. Am 29. Februar 2008 erhielt die Gesellschaft im Rahmen des Kreditvertrags mit der Fresenius SE ein Darlehen in Höhe von 13,2 Mio. € zu einem Zinssatz von 4,8%. Von diesem wurden zum 31. März 2008 6,4 Mio. € zurückgezahlt. Die verbleibenden 10,8 Mio. US-\$ (6,8 Mio. €) werden mit 5,0% verzinst und sind am 30. April 2008 zur Rückzahlung fällig.

Die langfristige Finanzierung wird generiert aus dem revolving Kredit und den mittelfristigen Darlehen im Rahmen der Kreditvereinbarung 2006 sowie aus den Darlehen im Rahmen der Kreditvereinbarungen mit der Europäischen Investitionsbank („EIB“) und wurde generiert durch die Ausgabe einer vorrangigen Anleihe und von Euro-Schuldscheindarlehen sowie genussscheinähnlichen Wertpapieren. Die Gesellschaft geht davon aus, dass ihre bestehenden Kredit- und Finanzierungsvereinbarungen, Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und andere kurzfristige Finanzierungsquellen zur Deckung des vorhersehbaren Finanzierungsbedarfs ausreichen.

Die Gesellschaft verfügt über eine Darlehensfazilität in Höhe von 90 Mio. €, die Bestandteil der im Dezember 2006 mit der EIB getroffenen Kreditvereinbarung ist. Diese Fazilität wurde am 1. Februar 2008 in voller Höhe ausgenutzt (142,3 Mio. US-\$ zum 31. März 2008). Die

ZWISCHENLAGEBERICHT

Verbindlichkeiten sind in Euro denominated. Sie haben einen anfänglichen Zinssatz von 4,35 %. Die Verzinsung ist variabel und wird alle drei Monate angepasst. Zinszahlungen sind alle drei Monate zu leisten. Der Kredit ist am 1. Februar 2014 zurückzuzahlen.

Am 1. Februar 2008 zahlte die Gesellschaft die genussscheinähnlichen Wertpapiere (Trust Preferred Securities) der Fresenius Medical Care Capital Trust II und III in Höhe von 450 Mio. US-\$ und 228,4 Mio. US-\$ planmäßig zurück. Für die Rückzahlung wurden im Wesentlichen Mittel aus dem Forderungsverkaufsprogramm und den bestehenden langfristigen Kreditfazilitäten der Gesellschaft in Anspruch genommen.

Die Kreditvereinbarung 2006, die Kreditvereinbarungen mit der EIB, das Euro-Schuldscheindarlehen, und die Schuldverschreibungen der Gesellschaft im Zusammenhang mit der vorrangigen Anleihe und den genussscheinähnlichen Wertpapieren enthalten Verpflichtungen, die der Gesellschaft die Einhaltung bestimmter finanzieller Kennzahlen und anderer finanzieller Kriterien vorschreiben. Die Kreditvereinbarung 2006 verpflichtet die Gesellschaft, eine konzernbezogene Mindestdeckung der fixen Kosten einzuhalten (Verhältnis des konsolidierten EBITDAR (Summe aus EBITDA und Mietaufwendungen für Leasingverträge) zu konzernbezogenen fixen Kosten gemäß der Definition in der Kreditvereinbarung 2006) sowie eine maximale Konzern-Leverage-Kennziffer einzuhalten (Verhältnis der Finanzverbindlichkeiten zum EBITDA entsprechend der Festlegung in der Kreditvereinbarung 2006). Weitere Verpflichtungen in einem oder mehreren der genannten Verträge beschränken die Möglichkeiten der Gesellschaft zur Verwendung von Vermögensgegenständen, zum Eingehen von Verbindlichkeiten sowie der Zahlung von Dividenden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft Beschränkungen unterworfen, bestimmte Zahlungen vorzunehmen und Belastungen oder Sale- und Leaseback-Transaktionen einzugehen. Am 31. Januar 2008 wurde die Kreditvereinbarung 2006 dahingehend abgeändert, dass bestimmte zugelassene Darlehensarten erhöht und alle Beschränkungen bezüglich der Investitionen in Sachanlagen eliminiert wurden.

Die Verletzung einer dieser Klauseln könnte zu einer Verletzung der Kreditvereinbarung 2006, der Kreditvereinbarungen mit der EIB, dem Euro-Schuldscheindarlehen, der vorrangigen Anleihe oder der den genussscheinähnlichen Wertpapieren zugrunde liegenden Schuldscheindarlehen führen, was wiederum weitere Vertragsverletzungen bei den anderen langfristigen Finanzverbindlichkeiten nach sich ziehen könnte. Bei Vertragsverletzung kann der ausstehende Saldo der Kreditvereinbarung 2006 auf Verlangen der Gläubiger aus dieser Vereinbarung fällig gestellt werden. Zum 31. März 2008 hat die Gesellschaft alle in der Kreditvereinbarung 2006 und sonstigen Kreditvereinbarungen festgelegten Verpflichtungen erfüllt.

Die Vergleichsvereinbarung mit den Asbest-Gläubigerausschüssen im Namen der W.R. Grace & Co.-Konkursmasse (siehe Anmerkung 10 des beigefügten Konzernanhangs) sieht nach der stattgefundenen Genehmigung der Vergleichsvereinbarung durch das US-Bezirksgericht und der den Vergleich einschließenden Bestätigung des Sanierungsplans der W.R. Grace eine von der Gesellschaft zu leistende Zahlung in Höhe von 115 Mio. US-\$ vor. Die Rückstellung, die im Jahr 2001 zur Abdeckung der Verpflichtungen der Gesellschaft aus mit dem Zusammenschluss von 1996 verbundenen Rechtsangelegenheiten gebucht wurde, beinhaltet die Zahlung von 115 Mio. US-\$. Die Zahlungsverpflichtung ist unverzinslich.

Die deutschen Steuerbehörden haben im 3. Quartal 2006 ihre Betriebsprüfung der Steuerjahre 1998-2001 im Wesentlichen abgeschlossen und im 1. Quartal 2008 einen vorläufigen, unter dem Vorbehalt der Überprüfung stehenden Prüfungsbericht erstellt. Die Gesellschaft hat aufgrund der Betriebsprüfung zum Zeitpunkt ihrer Beendigung im Jahre 2006 bestimmte Aufwendungen

ZWISCHENLAGEBERICHT

bilanziert. Der vorläufige Prüfungsbericht bestätigt die Prüfungsfeststellungen, so dass, unter dem Vorbehalt der Erstellung des endgültigen Prüfungsberichts, keine weiteren Anpassungen notwendig scheinen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sie die noch ausstehenden Punkte auf der Betriebsprüfungsebene gelöst hat, vorbehaltlich der Überprüfung und Zustimmung seitens der entsprechenden Ebenen innerhalb des Finanzamts. Bis auf die nachfolgend erläuterten Klagen hat der Internal Revenue Service (IRS) die Überprüfung der Steuererklärungen von FMCH für die Jahre 1997 bis 2001 abgeschlossen, und FMCH hat die Zustimmung zum formellen Abschluss der Betriebsprüfung durch Steuerbescheide erklärt (Consent to Assessment of Tax). Als Ergebnis der Versagung der Abzugsfähigkeit von zivilrechtlichen Vergleichszahlungen, die FMCH im Zusammenhang mit den Beschlüssen des OIG und den Untersuchungen der US-Strafverfolgungsbehörde aus dem Jahr 2000 vorgenommen hat und einiger anderer Abzüge durch den IRS, leistete die Gesellschaft im 3. Quartal 2006 eine Steuerzahlung einschließlich Zinsen an den IRS in Höhe von etwa 99 Mio. US-\$. Die Gesellschaft hat im Rahmen ihres Vorgehens gegen die Versagung der Abzugsfähigkeit der zivilrechtlichen Vergleichszahlungen Anträge auf Erstattung eingereicht, und beabsichtigt, die Wiedererlangung der Steuer- und der mit der Versagung im Zusammenhang stehenden Zinszahlungen im Rahmen eines Rechtsbehelfs bei der IRS und, soweit notwendig, vor den Bundesgerichten für Steuerangelegenheiten, zu verfolgen. Des Weiteren ist die steuerliche Betriebsprüfung durch den IRS für die Jahre 2002 bis 2004 kürzlich abgeschlossen worden. Mit Ausnahme der Nichtanerkennung der Abzugsfähigkeit der in dem Prüfungszeitraum für konzerninternes genussrechtsähnliches Kapital gezahlten Vergütungen handelt es sich um routinemäßige Anpassungen, die im Konzernabschluss berücksichtigt wurden. Die Gesellschaft hat gegen die Nichtanerkennung der Abzüge und einige der anderen Anpassungen Einspruch eingelegt und wird alle Rechtsmittel nutzen. Ein nachteiliger Ausgang dieser Rechtsstreitigkeit könnte erhebliche negative Auswirkungen auf die Ertragssteuern, das Ergebnis sowie das Ergebnis je Aktie haben.

Die Gesellschaft unterliegt derzeit steuerlichen Betriebsprüfungen in den USA, in Deutschland sowie in weiteren Ländern. Die Gesellschaft hat im Zusammenhang mit einigen dieser Betriebsprüfungen Mitteilungen über nachteilige Anpassungen und Nichtanerkennungen erhalten. Die Gesellschaft ficht diese Entscheidungen unter anderem durch das Einlegen von Einsprüchen gegen diese Festsetzungen an. Wenn die Einwände und Einsprüche der Gesellschaft nicht erfolgreich sein sollten, könnte die Gesellschaft gezwungen sein, zusätzliche Bundes- und Bundesstaat- Steuerzahlungen zu leisten, einschließlich Zahlungen an bundesstaatliche Behörden, die das Ergebnis der Anpassungen unserer Bundes-Steuererklärungen sind. Im Hinblick auf andere mögliche Anpassungen und Versagungen in steuerlichen Angelegenheiten, die gegenwärtig untersucht werden oder für die nur vorläufige Vereinbarungen getroffen wurden, wird nicht erwartet, dass eine nachteilige Entscheidung wesentliche Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft haben würde. Die Gesellschaft ist gegenwärtig nicht in der Lage, den Zeitpunkt für diese potentiellen Steuernachzahlungen zu bestimmen. Sollten alle potentiellen Steuernachzahlungen und die Vergleichszahlung für das Grace Chapter 11-Verfahren gleichzeitig fällig werden, könnte sich dies in der entsprechenden Berichtsperiode wesentlich negativ auf den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit auswirken. Die Gesellschaft erwartet jedoch, dass die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und, wenn notwendig, die verfügbare Liquidität zur Erfüllung aller derartigen Verpflichtungen bei deren Fälligkeit ausreichen.

ZWISCHENLAGEBERICHT

Dividenden

Im Rahmen seiner ergebnisorientierten Ausschüttungspolitik wird der Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin der Hauptversammlung am 20. Mai 2008 eine im Jahr 2008 zu zahlende Dividende für das Geschäftsjahr 2007 von 0,54 € je Stammaktie (2006: 0,47 €) und von 0,56 € je Vorzugsaktie (2006: 0,49 €) vorschlagen. Die erwartete Dividendenzahlung insgesamt liegt bei etwa 160 Mio. €. Im Jahr 2007 erfolgte eine Dividendenausschüttung für das Geschäftsjahr 2006 von 188 Mio. US-\$ (139 Mio. €). Die Kreditvereinbarung 2006 beschränkt die Dividendenausschüttung und bestimmte andere Zahlungen der Gesellschaft für den Erwerb eigener Aktien (und Rechte, diese zu erwerben, wie Optionen oder Bezugsrechte) im Jahr 2008 auf insgesamt 260 Mio. US-\$ und 280 Mio. US-\$ in 2009.

Cash Flow

Laufende Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft erwirtschaftete aus der laufenden Geschäftstätigkeit einen Mittelzufluss in Höhe von 192 Mio. US-\$ für das 1. Quartal 2008 und 283 Mio. US-\$ für die Vergleichsperiode 2007. Dies entspricht einer Verringerung von etwa 32% gegenüber dem Vorjahr, hauptsächlich als Folge einer Erhöhung der Forderungslaufzeiten im 1. Quartal 2008 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2007 sowie im 1. Quartal 2008 in Deutschland gezahlter Ertragsteuern für das Jahr 2007. Die Mittelzuflüsse wurden im Wesentlichen für Investitionen (Sachanlagen und Akquisitionen) verwendet.

Investitionstätigkeit

Die Ausgaben für Investitionstätigkeiten betragen 186 Mio. US-\$ im 1. Quartal 2008 verglichen mit 199 Mio. US-\$ im gleichen Zeitraum 2007. Im 1. Quartal 2008 zahlte die Gesellschaft etwa 71 Mio. US-\$ (62 Mio. US-\$ im Segment Nordamerika und 9 Mio. US-\$ im Segment International) für Akquisitionen, die vornehmlich aus Dialysekliniken bestanden. Die Gesellschaft verzeichnete außerdem Einzahlungen von 39 Mio. US-\$ im Zusammenhang mit Veräußerungen. Im Vergleichszeitraum 2007 zahlte die Gesellschaft etwa 90 Mio. US-\$ (46 Mio. US-\$ im Segment Nordamerika und 44 Mio. US-\$ im Segment International) für Akquisitionen, die vornehmlich aus Dialysekliniken bestanden.

Die Investitionen in Sachanlagen betragen nach Abzug von Einnahmen aus Abgängen 154 Mio. US-\$ für das 1. Quartal 2008 und 109 Mio. US-\$ für den gleichen Zeitraum 2007. Im 1. Quartal 2008 betragen die Investitionen in Sachanlagen 102 Mio. US-\$ im Segment Nordamerika und 52 Mio. US-\$ im Segment International. Im Vergleichszeitraum 2007 betragen die Investitionen in Sachanlagen 71 Mio. US-\$ im Segment Nordamerika und 38 Mio. US-\$ im Segment International. Der größte Teil der Investitionsausgaben wurde für die Instandhaltung bestehender Kliniken, die Ausrüstung neuer Kliniken, die Instandhaltung und den Ausbau der Produktionskapazitäten, vorwiegend in Deutschland und Nordamerika und für die Aktivierung von Geräten, die, vorwiegend im Segment International, Kunden zur Verfügung gestellt wurden, verwendet. Die Investitionen in Sachanlagen machten etwa 6 % des Gesamtumsatzes aus.

ZWISCHENLAGEBERICHT

Finanzierungstätigkeit

Für Finanzierungstätigkeiten wurden im 1. Quartal 2008 Mittel in Höhe von 38 Mio. US-\$ verwendet, verglichen mit für Finanzierungstätigkeiten verwendeten Mitteln in Höhe von 36 Mio. US-\$ im 1. Quartal 2007. Im 1. Quartal 2008 wurden die Mittel hauptsächlich für die Ablösung von genussscheinähnlichen Wertpapieren verwendet, teilweise ausgeglichen durch Erlöse aus dem Forderungsverkaufsprogramm und anderen bestehenden langfristigen Kreditfazilitäten. Im 1. Quartal 2007 wurden die Mittel im Wesentlichen für die Tilgung von Finanzverbindlichkeiten verwendet. Die liquiden Mittel betragen 220 Mio. US-\$ zum 31. März 2008 im Vergleich zu 208 Mio. US-\$ zum 31. März 2007.

Angabe zu Verpflichtungen aus Finanzverbindlichkeiten – EBITDA

EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) betrug im 1. Quartal 2008 485 Mio. US-\$ oder 19,3% vom Umsatz und im gleichen Zeitraum 2007 450 Mio. US-\$ oder 19,4 % vom Umsatz. Die Kennzahl EBITDA ist die Basis für die Beurteilung der Einhaltung der Kennziffern, die der Gesellschaft im Rahmen der Kreditvereinbarung 2006, des Euro-Schuldscheindarlehens und der Kreditvereinbarung mit der Europäischen Investitionsbank vorgegeben wurden, sowie Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Anleihe und den genussscheinähnlichen Wertpapieren. EBITDA sollte nicht als Alternative zu dem nach U.S.-GAAP ermittelten Jahresüberschuss oder zum Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit ausgelegt werden. Außerdem steht nicht das gesamte EBITDA dem Vorstand zur freien Verfügung. Beispielsweise unterliegt ein wesentlicher Teil solcher Mittel, wie an anderer Stelle in diesem Geschäftsbericht ausführlicher beschrieben, vertraglichen Beschränkungen und wird benötigt, um Bankverbindlichkeiten zu bedienen, notwendige Investitionsausgaben zu tätigen und von Zeit zu Zeit sonstige, an anderer Stelle in diesem Bericht in weiteren Einzelheiten beschriebene Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist möglich, dass das hier berechnete EBITDA mit ähnlich benannten Kenngrößen anderer Gesellschaften nicht vergleichbar ist. Eine Überleitung des EBITDA zum Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit stellt sich wie folgt dar:

in Tsd. US-\$

	1. Januar bis 31. März 2008	1. Januar bis 31. März 2007
EBITDA	485.297	449.602
Zinsaufwendungen, netto	(82.818)	(94.911)
Ertragssteuern, netto	(114.097)	(102.566)
Veränderung der latenten Steuern, netto	36.832	29.886
Veränderungen bei operativen Aktiva und Passiva	(131.074)	(6.162)
Personalaufwand	6.930	5.024
Sonstiges, Netto	(9.125)	1.881
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	191.945	282.754

ZWISCHENLAGEBERICHT

b) Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme zum 31. März 2008 blieb mit 14,6 Mio. US-\$ nahezu unverändert im Vergleich zu 14,2 Mio. US-\$ am 31. Dezember 2007. Im Vergleich zum Geschäftsjahresende 2007 blieb der Anteil des Umlaufvermögens und des Anlagevermögens am Gesamtvermögen zum 31. März 2008 mit 28% bzw. 72% ebenfalls nahezu unverändert. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, stieg von 39% am 31. Dezember 2007 auf 40% am 31. März 2008. Der Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme verringerte sich von 21% am 31. Dezember 2007 auf 20% am 31. März 2008, da die Anfang 2008 fälligen genusscheinähnlichen Wertpapiere im Februar mit Mitteln aus dem Forderungsverkaufsprogramm und anderen bestehenden langfristigen Kreditfazilitäten abgelöst wurden.

c) Ausblick

Die Gesellschaft bekräftigt den Ausblick für das Gesamtjahr 2008 und rechnet mit einem Umsatz von mehr als 10,4 Mrd. US-\$. Dies entspricht einem Anstieg von über 7% im Vergleich zum Vorjahr. Beim Jahresüberschuss rechnet das Unternehmen für 2008 mit 805 Mio. US-\$ bis 825 Mio. US-\$. Des Weiteren sind 2008 für Investitionen in Sachanlagen 650 - 750 Mio. US-\$ und für Akquisitionen 150 - 250 Mio. US-\$ vorgesehen. Der Verschuldungsgrad (Debt/EBITDA-Ratio) soll sich zum Jahresende 2008 auf unter 2,8 verringern. Für das Jahr 2010 erwartet Fresenius Medical Care weiterhin einen Umsatz von mehr als 11,5 Mrd. US-\$. Das jährliche Ergebniswachstum soll im unteren bis mittleren Zehnerprozentbereich liegen.

in Mio. US-\$	<u>2008</u>
Umsatz	> 10.400
Jahresüberschuss	805 - 825
Verschuldungsgrad	< 2,8
Investitionen	~ 650 - 750
Akquisitionen	~ 150 - 250

d) Neue Verlautbarungen

Im März verabschiedete das FASB den Standard Nr. 161, Disclosures about Derivative Instruments and Hedging Activities – an amendment of FASB Statement No. 133 (FAS 161). Der Standard ändert die Offenlegungspflicht für Derivate und Sicherungsgeschäfte. Zu folgenden erweiterten Angaben werden Gesellschaften verpflichtet: (a) auf welche Art und Weise und mit

ZWISCHENLAGEBERICHT

welchem Ziel Derivate eingesetzt werden, (b) die buchhalterische Behandlung von Derivaten und Sicherungsgeschäften gemäß FAS 133 und entsprechender Interpretationen sowie (c) welchen Einfluss Derivate und Sicherungsgeschäfte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einer Gesellschaft haben. Die Gesellschaft analysiert zurzeit die Auswirkungen des Standards auf den Konzernabschluss. Die Anforderungen des Standards sind erstmals auf das Geschäftsjahre und Zwischenabschlüsse anzuwenden, die nach dem 15. November 2008 beginnen. Eine frühere Anwendung wird empfohlen. Bei erstmaliger Anwendung des Standards wird eine vergleichbare Offenlegung für vorangegangene Zeiträume empfohlen.

Im Dezember 2007 verabschiedete das FASB den Standard Nr. 160, Noncontrolling Interests in Consolidated Financial Statements- an amendment of ARB No. 51 (FAS 160). Der Standard legt den Rahmen fest für die Berichterstattung über Minderheitsanteile oder Anteile, die nicht dem beherrschenden Einfluss der Mutterunternehmens unterliegen und die einer Muttergesellschaft weder direkt noch indirekt zugerechnet werden können. FAS 160 ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 15. Dezember 2008 beginnen. Eine frühere Anwendung ist nicht gestattet. Die Gesellschaft analysiert zurzeit die Auswirkungen des Standards auf den Konzernabschluss.

Im Dezember 2007 verabschiedete das FASB den Standard Nr. 141 (revised), Business Combinations (FAS 141(R)). Der überarbeitete Standard behält die wesentlichen Maßgaben des FAS 141 bei, nach denen die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen nach der Erwerbsmethode zu erfolgen hat und bei jedem, Unternehmenszusammenschluss ein Käufer zu ermitteln ist. Der Käufer wird laut FAS 141(R) definiert als das Unternehmen, das im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses die Beherrschung über eine oder mehrere Gesellschaften erlangt. Als Erwerbszeitpunkt wird der Tag definiert, an dem der beherrschende Einfluss auf den Käufer übergeht.

Der Standard legt im Wesentlichen fest, dass die erworbenen Vermögensgegenstände, die übernommenen Verbindlichkeiten sowie der Minderheitenanteil mit ihrem Fair Value zum Erwerbszeitpunkt bewertet werden. Alle Eventualforderungen und –verbindlichkeiten sowie das aus Haftungsverhältnissen entstehenden Anlagevermögen und die daraus entstehenden Verbindlichkeiten werden zum Erwerbszeitpunkt angesetzt und mit ihrem Fair Value zum Erwerbszeitpunkt bewertet.

Der Standard ist auf zukünftige Unternehmenszusammenschlüsse anzuwenden, deren Erwerbszeitpunkt am oder nach dem Beginn des Geschäftsjahres liegt, das am oder nach dem 15. Dezember 2008 beginnt. Eine vorzeitige Anwendung ist nicht gestattet. Der Standard tritt gleichzeitig mit dem im Zusammenhang stehenden FAS 160 in Kraft. Die Gesellschaft analysiert derzeit die Auswirkungen des Standards auf den Konzernabschluss.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
KONZERNABSCHLUSS

Konzernabschluss

Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung

1. Januar bis 31. März 2008 und 2007
(ungeprüft)

in Tsd. US-\$, mit Ausnahme der Beträge je Aktie	<u>2008</u>	<u>2007</u>
Umsatzerlöse		
Dialyседienstleistungen	1.844.287	1.760.354
Dialyseprodukte	667.437	560.317
	<u>2.511.724</u>	<u>2.320.671</u>
Aufwendungen zur Erzielung der Umsatzerlöse		
Dialyседienstleistungen	1.335.152	1.261.340
Dialyseprodukte	321.273	274.980
	<u>1.656.425</u>	<u>1.536.320</u>
Bruttoergebnis vom Umsatz	855.299	784.351
Betriebliche Aufwendungen		
Vertriebs- und allgemeine Verwaltungskosten	447.510	406.319
Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen	19.118	13.342
Operatives Ergebnis	<u>388.671</u>	<u>364.690</u>
Sonstige (Erträge) Aufwendungen		
Zinserträge	(5.380)	(3.582)
Zinsaufwendungen	88.198	98.493
Ergebnis vor Ertragsteuern und vor Anteilen anderer Gesellschafter	305.853	269.779
Ertragsteuern	114.097	102.566
Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	5.883	6.935
Jahresüberschuss	<u>185.873</u>	<u>160.278</u>
Gewinn je Stammaktie	<u>0,63</u>	<u>0,54</u>
Gewinn je Stammaktie bei voller Verwässerung	<u>0,62</u>	<u>0,54</u>

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften Konzernabschluss.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
KONZERNABSCHLUSS

Konzernbilanz

(zum 31. März 2008 (ungeprüft) und zum 31. Dezember 2007)

in Tsd. US-\$, mit Ausnahme der Beträge je Aktie und der Aktienstückzahl	<u>2008</u>	<u>2007</u>
Aktiva		
Umlaufvermögen		
Flüssige Mittel	219.693	244.690
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen (252.196 US-\$ in 2008 und 247.800 US-\$ in 2007)	2.172.175	2.026.865
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	95.690	99.626
Vorräte	714.320	636.234
Rechnungsabgrenzungsposten und sonstiges Umlaufvermögen	501.591	495.630
Latente Steuern	350.164	356.427
Summe Umlaufvermögen	4.053.633	3.859.472
Sachanlagen	2.176.879	2.053.793
Immaterielle Vermögensgegenstände	693.976	689.956
Firmenwerte	7.325.510	7.245.589
Latente Steuern	103.653	83.615
Sonstige Aktiva	238.863	237.840
Summe Aktiva	14.592.514	14.170.265
Passiva		
Kurzfristige Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	347.362	329.919
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	214.346	201.049
Rückstellungen und sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	1.350.510	1.352.013
Kurzfristige Darlehen	707.689	217.497
Kurzfristige Darlehen von verbundenen Unternehmen	10.752	2.287
Kurzfristig fälliger Anteil der langfristigen Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen	118.830	84.816
Genussscheinähnliche Wertpapiere der Fresenius Medical Care Capital Trusts - kurzfristiger Anteil	-	669.787
Rückstellungen für Ertragsteuern	111.087	146.536
Latente Steuern	25.842	22.589
Summe kurzfristige Verbindlichkeiten	2.886.418	3.026.493
Langfristige Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen abzüglich des kurzfristig fälligen Anteils	4.155.534	4.004.013
Sonstige Verbindlichkeiten	279.964	193.604
Pensionsrückstellungen	125.388	111.352
Rückstellungen für Ertragsteuern	131.669	111.280
Latente Steuern	377.984	378.497
Genussscheinähnliche Wertpapiere der Fresenius Medical Care Capital Trusts	696.827	663.995
Anteile anderer Gesellschafter	129.022	105.814
Summe Verbindlichkeiten	8.782.806	8.595.048
Eigenkapital		
Vorzugsaktien, ohne Nennwert, Nominalwert 1,00 €, 12.356.880 Aktien genehmigt, 3.781.648 ausgegeben und in Umlauf	4.196	4.191
Stammaktien, ohne Nennwert, Nominalwert 1,00 €, 373.436.220 Aktien genehmigt, 292.786.583 ausgegeben und in Umlauf	361.384	361.384
Einlage zur Kapitalerhöhung auf Vorzugsaktien	13	-
Einlage zur Kapitalerhöhung auf Stammaktien	226	-
Kapitalrücklage	3.234.741	3.221.644
Bilanzgewinn	2.072.993	1.887.120
Kumulierter übriger Comprehensive Loss	136.155	100.878
Summe Eigenkapital	5.809.708	5.575.217
Summe Passiva	14.592.514	14.170.265

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften Konzernabschluss.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
KONZERNABSCHLUSS

Konzern-Kapitalflussrechnung

1. Januar bis 31. März 2008 und 2007
(ungeprüft)

in Tsd. US-\$	2008	2007
Mittelzufluss (-abfluss) aus laufender Geschäftstätigkeit		
Jahresüberschuss	185.873	160.278
Überleitung vom Jahresüberschuss auf den Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen	96.626	84.912
Veränderung der Anteile anderer Gesellschafter	10.280	9.978
Veränderung der latenten Steuern	36.832	29.886
Verlust aus Anlagenabgängen	(13.522)	(1.162)
Personalaufwand aus Aktienoptionen	6.930	5.024
Veränderungen bei Aktiva und Passiva, ohne Auswirkungen aus der Veränderung des Konsolidierungskreises:		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, netto	(92.636)	152
Vorräte	(52.197)	(34.641)
Rechnungsabgrenzungsposten und übrige Vermögensgegenstände des Umlauf- sowie des Anlagevermögens	37.208	(13.528)
Forderungen / Verbindlichkeiten gegen / gegenüber verbundenen Unternehmen	(2.215)	4.060
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,		
Rückstellungen und sonstige kurz- und langfristige Verbindlichkeiten	(355)	10.440
Steuerrückstellungen	(20.879)	27.355
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	191.945	282.754
Mittelzufluss (-abfluss) aus Investitionstätigkeit		
Erwerb von Sachanlagen	(160.098)	(116.552)
Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen	5.652	7.909
Erwerb von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, netto	(70.803)	(89.930)
Erlöse aus der Veräußerung von Gesellschaften	39.183	-
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	(186.066)	(198.573)
Mittelzufluss (-abfluss) aus Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen aus kurzfristigen Darlehen	35.749	25.645
Tilgung kurzfristiger Darlehen	(41.541)	(16.786)
Einzahlungen aus kurzfristigen Darlehen von verbundenen Unternehmen	19.787	17.299
Tilgung kurzfristiger Darlehen von verbundenen Unternehmen	(11.923)	-
Einzahlungen aus langfristigen Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen	152.087	59
Tilgung von langfristigen Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen	(4.620)	(94.971)
Rückzahlung genussscheinähnliche Wertpapiere	(678.379)	-
Anstieg (Rückgang) des Forderungsverkaufsprogramms	492.000	35.000
Einzahlungen aus der Ausübung von Aktienoptionen	6.597	3.741
Veränderung der Anteile anderer Gesellschafter	(7.531)	(5.586)
Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit	(37.774)	(35.599)
Wechselkursbedingte Veränderung der flüssigen Mittel	6.898	506
Flüssige Mittel		
Nettorückgang der flüssigen Mittel	(24.997)	49.088
Flüssige Mittel am Anfang des Jahres	244.690	159.010
Flüssige Mittel am Ende des Quartals	219.693	208.098

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften Konzernabschluss.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
KONZERNABSCHLUSS

Eigenkapitalveränderungsrechnung

zum 31. März 2008 (ungeprüft) und zum 31. Dezember 2007

in Tsd. US-\$, mit Ausnahme der Beträge je Aktie

	Vorzugsaktien		Stammaktien		Kumuliertes Übriges Comprehensive Income (Loss)						Summe	
	Anzahl der Aktien	Betrag	Einlagen zur Kapitalerhöhung auf Vorzugsaktien		Einlagen zur Kapitalerhöhung auf Stammaktien		Kapitalrücklage	Bilanzgewinn	Währungsrechnungs-differenzen	Cash Flow Hedges		Pensionsrückstellungen
			Anzahl der Aktien	Betrag								
Stand am 31. Dezember 2006	3.711.435	4.098			291.449.673	359.527	3.153.556	1.358.397	8.309	37.187	(50.912)	4.870.162
Erlöse aus der Ausübung von Aktienoptionen und Steuereffekte	66.652	93			1.336.910	1.857	43.880					45.830
Personalaufwand aus Aktienoptionen							24.208					24.208
Dividendenzahlungen								(188.407)				(188.407)
Comprehensive Income (Loss)												
Jahresüberschuss								717.130				717.130
Übriges Comprehensive Income (Loss) aus:												
Cash Flow Hedges, nach Steuereffekten										(54.053)		(54.053)
Währungsumrechnungsdifferenzen									137.048			137.048
Anpassung aus Pensionsverpflichtungen											23.299	23.299
Comprehensive Income												823.424
Stand am 31. Dezember 2007	3.778.087	4.191			292.786.583	361.384	3.221.644	1.887.120	145.357	(16.866)	(27.613)	5.575.217
Erlöse aus der Ausübung von Aktienoptionen und Steuereffekte	3.561	5	13	-	-	226	6.167					6.411
Personalaufwand aus Aktienoptionen							6.930					6.930
Comprehensive Income (Loss)												
Jahresüberschuss								185.873				185.873
Übriges Comprehensive Income (Loss) aus:												
Cash Flow Hedges, nach Steuereffekten										(46.568)		(46.568)
Währungsumrechnungsdifferenzen									81.606			81.606
Anpassung aus Pensionsverpflichtungen											239	239
Comprehensive Income												221.150
Stand am 31. März 2008	3.781.648	4.196	13		292.786.583	361.384	226	3.234.741	2.072.993	226.963	(63.434)	5.809.708

Siehe die beigefügten Anmerkungen zum ungeprüften Konzernabschluss.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS
(ungeprüft)
(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

Anmerkungen zum Konzernabschluss

1. Die Gesellschaft und Zusammenfassung der wesentlichen Grundsätze der Rechnungslegung

Die Gesellschaft

Die Fresenius Medical Care Aktiengesellschaft & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien („FMC-AG & Co. KGaA“ oder die „Gesellschaft“), ist der weltweit führende integrierte Anbieter von Dialyседienstleistungen und Dialyseprodukten für die Behandlung von Patienten mit terminaler Niereninsuffizienz. Als vertikal integriertes Unternehmen bietet die Gesellschaft Dialyседienstleistungen in eigenen Kliniken oder Kliniken, die sie betreibt, an und versorgt diese mit einer weiten Produktpalette. Zusätzlich verkauft die Gesellschaft Dialyseprodukte an andere Dialyседienstleister. In den USA führt die Gesellschaft darüber hinaus klinische Labortests durch und bietet stationäre Dialysebehandlungen sowie andere Dienstleistungen im Rahmen von Verträgen mit Kliniken an.

Grundlage der Darstellung

Die in diesem Bericht dargelegten Konzernabschlüsse zum 31. März 2008 sowie für das 1. Quartal 2008 und 2007 sind ungeprüft und sollten im Zusammenhang mit den im Geschäftsbericht 2007, in Form des 20-F/A, enthaltenen Konzernabschlüssen gelesen werden. Die Konzernabschlüsse geben alle Anpassungen wider, die nach Ansicht der Unternehmensleitung für eine sachgerechte Darstellung der Ergebnisse für die aufgeführten Zeiträume erforderlich sind. Dabei handelt es sich in allen Fällen um normale, wiederkehrende Anpassungen.

Aus dem operativen Ergebnis für das 1. Quartal kann nicht notwendigerweise auf das operative Ergebnis für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2008 geschlossen werden.

Die Erstellung eines Konzernabschlusses nach US-GAAP macht Schätzungen und Annahmen durch die Unternehmensleitung erforderlich, die die Höhe der Aktiva und Passiva, die Angabe von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag sowie die Höhe der Erträge und Aufwendungen während des Geschäftsjahres beeinflussen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Schätzungen abweichen.

Alle Angaben zu Aktien und alle Beträge je Aktie wurden aufgrund des mit der Eintragung am 15. Juni 2007 in das Handelsregister wirksam gewordenen drei-zu-eins Aktiensplits für Stamm- und Vorzugsaktien angepasst.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS
(ungeprüft)
(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

2. Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Gesellschaft hat mit der Fresenius SE, der alleinigen Aktionärin der FMC Management AG, Vereinbarungen über den Austausch verschiedener Dienstleistungen und Produkte sowie Managementleistungen getroffen. Die folgenden Abschnitte (a) und (b) fassen die, aus diesen Verträgen resultierenden Ergebnisse für das 1. Quartal 2008, zusammen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft Kreditvereinbarungen mit der Fresenius SE getroffen, innerhalb derer die Gesellschaft kurzfristige Darlehen von der Fresenius SE erhält. Abschnitt (c) fasst die damit einhergehenden Aktivitäten für das 1. Quartal 2008 zusammen.

a) Dienstleistungsvereinbarungen

Für das 1. Quartal 2008 und 2007 stellte die Fresenius SE der Gesellschaft auf der Grundlage von Dienstleistungsvereinbarungen 16.598 US-\$ und 12.379 US-\$ in Rechnung. Die Gesellschaft stellte der Fresenius SE für an diese erbrachte Dienstleistungen im 1. Quartal 2008 4.896 US-\$ und im 1. Quartal 2007 2.704 US-\$ in Rechnung. Entsprechend den Mietverträgen für Immobilien, die mit der Fresenius SE abgeschlossen wurden, zahlte die Gesellschaft im 1. Quartal 2008 und 2007 5.242 US-\$ bzw. 4.560 US-\$ der Fresenius SE.

Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass der Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsführungstätigkeit einschließlich der Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands erstattet werden. Für ihre Geschäftsführungstätigkeit erhielt die Management AG im 1. Quartal 2008 und 2007 insgesamt 2.427 US-\$ bzw. 2.031 US-\$.

b) Produkte

Die Gesellschaft verkaufte im 1. Quartal 2008 bzw. 2007 Produkte in Höhe von 8.754 US-\$ und 7.458 US-\$ an die Fresenius SE. Im 1. Quartal 2008 und 2007 tätigte die Gesellschaft Einkäufe in Höhe von 10.857 US-\$ und 13.666 US-\$ bei der Fresenius SE.

c) Erhaltene Darlehen von der Fresenius SE

Die Gesellschaft erhält kurzfristige Darlehen von der Fresenius SE. Der ausstehende Betrag gegenüber der Fresenius SE betrug am 31. Dezember 2007 2.897 US-\$ und wurde im Januar 2008 zurückgezahlt. Am 31. Dezember 2006 betrug der ausstehende Betrag 4.575 US-\$ und wurde im ersten Quartal 2007 zurückgezahlt. Am 29. Februar 2008 erhielt die Gesellschaft im Rahmen des Kreditvertrags mit der Fresenius SE ein Darlehen in Höhe von 13.200 €, zu einem Zinssatz von 4,8 %. Von diesem wurden zum 31. März 2008 6.400 € zurückgezahlt. Die verbleibenden 10.752 US-\$ (6.800 €) werden mit 5,0% verzinst und sind am 30. April zur Rückzahlung fällig.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS
(ungeprüft)
(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

3. Vorräte

Zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007 setzten sich die Vorräte wie folgt zusammen:

in Tsd. US-\$

	31. März 2008	31. Dezember 2007
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	149.607	136.013
Unfertige Erzeugnisse	60.356	51.829
Fertige Erzeugnisse	411.783	350.478
Verbrauchsmaterialien	92.574	97.914
Vorräte	714.320	636.234

4. Kurzfristige Darlehen und kurzfristige Darlehen von verbundenen Unternehmen

Zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007 setzten sich die kurzfristigen Darlehen und die kurzfristigen Darlehen von verbundenen Unternehmen wie folgt zusammen:

in Tsd. US-\$

	31. März 2008	31. Dezember 2007
Verbindlichkeiten aus Kreditlinien	130.689	132.497
Forderungsverkaufsprogramm	577.000	85.000
Kurzfristige Darlehen	707.689	217.497
Kurzfristige Darlehen von verbundenen Unternehmen (siehe Anmerkungen 2.c.)	10.752	2.287
Kurzfristige Darlehen einschließlich verbundener Unternehmen	718.441	219.784

Die Gesellschaft erhöhte die kurzfristigen Verbindlichkeiten im Rahmen des Forderungsverkaufsprogramms und verwendete diese Mittel zusammen mit Inanspruchnahmen aus anderen bestehenden langfristigen Kreditlinien für die Rückzahlung der genussscheinähnlichen Wertpapiere, die am 1. Februar 2008 fällig waren (siehe Anmerkung 6).

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS
(ungeprüft)
(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

5. Langfristige Verbindlichkeiten aus Darlehen und aktivierten Leasingverträgen

Zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007 setzten sich die langfristigen Verbindlichkeiten und die Verbindlichkeiten aus aktivierten Leasingverträgen wie folgt zusammen:

in Tsd. US-\$

	31. März 2008	31. Dezember 2007
Kreditvereinbarung 2006	3.183.384	3.166.114
Vorrangige Anleihe	491.791	491.569
Euro-Schuldscheindarlehen	316.240	294.420
Kredit von der Europäischen Investitionsbank	191.114	48.806
Verpflichtungen aus aktivierten Leasingverträgen	14.573	14.027
Sonstige	77.262	73.893
	4.274.364	4.088.829
Abzüglich kurzfristig fälliger Anteil	(118.830)	(84.816)
	4.155.534	4.004.013

Die folgende Tabelle zeigt die zur Verfügung stehenden Fazilitäten und die Inanspruchnahme aus der Kreditvereinbarung 2006 zum 31. März 2008 und zum 31. Dezember 2007:

in Tsd. US-\$	31. März 2008	31. Dezember 2007
Kreditfazilitäten		
Revolvierender Kredit	1.000.000	1.000.000
Mittelfristiges Darlehen ("Loan A")	1.550.000	1.550.000
Mittelfristiges Darlehen ("Loan B")	1.578.125	1.578.125
	4.128.125	4.128.125
Inanspruchnahmen		
Revolvierender Kredit	55.259	37.989
Mittelfristiges Darlehen ("Loan A")	1.550.000	1.550.000
Mittelfristiges Darlehen ("Loan B")	1.578.125	1.578.125
	3.183.384	3.166.114

Am 31. Januar 2008 erfolgte eine Vertragsanpassung der Kreditvereinbarung 2006. Diese Vertragsänderung führte zur Aufhebung der Beschränkungen hinsichtlich der maximal zulässigen Investitionsausgaben und zur Aufstockung der Höchstbeträge für außerhalb der Kreditvereinbarung 2006 erlaubte Kreditaufnahmen. Infolge der vorzeitigen Tilgungszahlungen der mittelfristigen Darlehen sind bis zum Ende des 3. Quartals 2008 weder für Loan A noch für Loan B Zahlungen zu leisten. Für die vorzeitigen Tilgungszahlungen wurde ein Teil der Erlöse der am 2. Juli 2007 begebenen vorrangigen Anleihe in Höhe von 500.000 US-\$ genutzt.

Die Gesellschaft verfügt über eine Darlehensfazilität in Höhe von 90.000€, die Bestandteil der im Dezember 2006 mit der Europäischen Investitionsbank („EIB“) getroffenen Kreditvereinbarung ist. Diese Fazilität wurde am 01. Februar 2008 in voller Höhe ausgenutzt. Die Verbindlichkeiten sind in Euro denominated. Sie haben einen anfänglichen Zinssatz von 4,35%. Die Verzinsung ist

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

(ungeprüft)

(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

variabel und wird alle drei Monate angepasst. Zinszahlungen sind alle drei Monate zu leisten. Der Kredit ist am 01. Februar 2014 zurückzuzahlen.

6. Genussscheinähnliche Wertpapiere

Am 1. Februar 2008 zahlte die Gesellschaft die genussscheinähnlichen Wertpapiere (Trust Preferred Securities) der Fresenius Medical Care Capital Trust II und III in Höhe von 450.000 US-\$ und 228.379 US-\$ planmäßig zurück. Für die Rückzahlung wurden im Wesentlichen bestehende Kreditfazilitäten in Anspruch genommen.

7. Vorauszahlung auf Kapitalerhöhung

Im 1. Quartal 2008 wurden 157.701 Aktienoptionen für Stammaktien und 9.066 Aktienoptionen für Vorzugsaktien ausgeübt, für die die entsprechenden Stammaktien bzw. Vorzugsaktien noch nicht ausgegeben wurden. Die Zuflüsse der Gesellschaft aus der Ausübung dieser Aktienoptionen beliefen sich auf 5.203 US-\$ bzw. 277 US-\$. Der Nominalwert der noch auszugebenden Aktien, die als Einlage zur Kapitalerhöhung im Eigenkapital ausgewiesen wurden, beträgt für Stammaktien 226 US-\$ und für Vorzugsaktien 13 US-\$. Die verbleibenden 5.191 US-\$ sind als Kapitalrücklage im Eigenkapital erfasst worden, wobei 4.977 US-\$ der Kapitalrücklage auf Stammaktien und die restlichen 214 US-\$ auf Vorzugsaktien entfallen.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS
(ungeprüft)
(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

8. Ergebnis je Aktie

Die folgende Tabelle stellt eine Überleitung der Zähler und Nenner für die Ermittlung des Ergebnis je Aktie vor und bei voller Verwässerung im 1. Quartal 2008 und 2007 dar.

in Tsd. US-\$, mit Ausnahme der Beträge je Aktie

	1. Januar - 31. März	
	2008	2007
Zähler		
Quartalsergebnis	185.873	160.278
abzüglich:		
Dividenden auf Vorzugsaktien	28	24
Quartalsergebnis, das für alle Aktiengattungen zur Verfügung steht	<u>185.845</u>	<u>160.254</u>
Nenner		
Durchschnittlich ausstehende Aktien		
Stammaktien	292.786.583	291.449.673
Vorzugsaktien	3.779.822	3.716.250
Summe aller ausstehenden Aktiengattungen	<u>296.566.405</u>	<u>295.165.923</u>
Potentiell verwässernde Stammaktien	960.176	2.114.418
Potentiell verwässernde Vorzugsaktien	101.810	151.068
Summe ausstehender Stammaktien bei voller Verwässerung	<u>293.746.759</u>	<u>293.564.091</u>
Summe ausstehender Vorzugsaktien bei voller Verwässerung	3.881.632	3.867.318
Gewinn je Stammaktie	0,63	0,54
Vorzüge	0,01	0,01
Gewinn je Vorzugsaktie	<u>0,64</u>	<u>0,55</u>
Gewinn je Stammaktie bei voller Verwässerung	0,62	0,54
Vorzüge	0,01	0,01
Gewinn je Vorzugsaktie bei voller Verwässerung	<u>0,63</u>	<u>0,55</u>

9. Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen

Die Gesellschaft verfügt zurzeit im Wesentlichen über zwei Pensionspläne, einen für deutsche Mitarbeiter und den anderen für Mitarbeiter in den USA, der gekürzt wurde. Die Pensionszahlungen hängen generell von der Anzahl der Dienstjahre und dem Gehalt des Mitarbeiters bei Eintritt des Versorgungsfalles ab. Wie in Deutschland üblich, sind die Pensionszusagen der Gesellschaft Direktzusagen. Für den deutschen Pensionsplan besteht kein gesonderter Pensionsfonds. Jedes Jahr führt Fresenius Medical Care Holdings, Inc., („FMCH“), eine Tochtergesellschaft der FMC-AG & Co. KGaA, dem Pensionsplan für die Mitarbeiter in den USA mindestens den Betrag zu, der sich aufgrund gesetzlicher Vorschriften (Employee Retirement Income Security Act of 1974 in seiner ergänzten Form) ergibt. Die folgende Tabelle zeigt die Ermittlung des Pensionsaufwandes für das 1. Quartal 2008 und 2007.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

(ungeprüft)

(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

in Tsd. US-\$

	1. Januar bis 31. März	
	2008	2007
Bestandteile des Pensionsaufwands		
Laufender Dienstzeitaufwand	2.112	2.131
Zinsaufwand	5.087	4.566
Erwartete Erträge des Pensionsfonds	(4.239)	(4.090)
Tilgung von versicherungsmathematischen Verlusten, netto	401	1.273
Pensionsaufwand	3.361	3.880

10. Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten

Rechtliche Verfahren

Die Gesellschaft ist regelmäßig in zahlreiche Klagen, Rechtsstreitigkeiten, behördliche und steuerbehördliche Prüfungen, Ermittlungen und sonstige Rechtsangelegenheiten involviert, die sich größtenteils aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Erbringung von Dienstleistungen und Lieferung von Produkten im Gesundheitswesen ergeben. Der genaue Ausgang von Rechtsstreitigkeiten und anderen Rechtsangelegenheiten kann stets nur schwer vorhergesagt werden und es können sich Resultate ergeben, die nicht in Einklang mit der Auffassung von Fresenius Medical Care hinsichtlich der Sachlage stehen. Fresenius Medical Care ist überzeugt, stichhaltige Einwände gegen die gegen sie anhängigen Rechtsangelegenheiten inne zu haben und verteidigt sich vehement. Dennoch ist es möglich, dass die Entscheidung einer oder mehrerer, derzeit anhängiger oder drohender rechtlicher Angelegenheiten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit von Fresenius Medical Care sowie auf ihre Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Zivilrechtsstreitigkeiten

Die Gesellschaft wurde ursprünglich als Ergebnis einer Reihe von Transaktionen in Übereinstimmung mit der Fusionsvereinbarung und dem Reorganisationsplan vom 4. Februar 1996 zwischen W.R.Grace&Co. und Fresenius SE (vormals: Fresenius AG) gegründet (der Zusammenschluss). Zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses hatte und hat noch heute eine Tochtergesellschaft der W.R.Grace&Co., die W.R.Grace&Co.-Conn., erhebliche Verbindlichkeiten aus Rechtsverfahren im Zusammenhang mit Produzentenhaftung (einschließlich Asbestansprüchen), Steuerverbindlichkeiten für die Zeit vor dem Zusammenschluss und weitere Verbindlichkeiten, die nicht mit der National Medical Care, Inc. (NMC) in Verbindung stehen, welche vor dem Zusammenschluss das Dialysegeschäft von W.R.Grace&Co. betrieb. Im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss hatte sich W.R.Grace&Co.-Conn. verpflichtet, Fresenius Medical Care, Fresenius Medical Care Holdings, Inc. (FMCH) und NMC von allen Verpflichtungen der W.R.Grace&Co. freizustellen, die sich auf Ereignisse vor oder nach dem Zusammenschluss beziehen mit Ausnahme von Verpflichtungen, die im Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb der NMC stehen. Am 2. April 2001 beantragten W.R.Grace&Co. und einige ihrer Tochtergesellschaften die Reorganisation nach „Chapter 11“ des US-amerikanischen Konkursrechts (das Grace

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

(ungeprüft)

(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

Chapter 11-Insolvenzverfahren).

Vor und nach Beginn des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens wurde gegen W.R.Grace&Co. und FMCH Klage erhoben, sowohl von Klägern, die sich als Gläubiger von W.R.Grace&Co.-Conn. ausgeben, als auch von Asbest-Gläubigerausschüssen des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens. Dabei wird im Wesentlichen behauptet, dass der Zusammenschluss eine betrügerische Übertragung gewesen sei, gegen das Gesetz gegen betrügerische Transfers verstoße und eine Verschwörung darstelle. Alle Verfahren dieser Art wurden entweder zunächst ausgesetzt, an das US-Bezirksgericht überwiesen oder liegen beim US-Konkursgericht als Teil des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens.

Im Jahr 2003 hat die Gesellschaft eine Vereinbarung in Bezug auf die im Rahmen des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens anhängigen Angelegenheiten geschlossen. Die Vereinbarung regelt alle Ansprüche gegen die Gesellschaft im Hinblick auf den Vorwurf der betrügerischen Übertragung sowie steuerliche und andere Ansprüche gegen die Gesellschaft. Gemäß den ergänzten Regelungen der Vergleichsvereinbarung werden die Behauptung der betrügerischen Übertragung und andere von den Asbestklägern erhobene Behauptungen öffentlich fallen gelassen, und die Gesellschaft wird Schutz vor allen vorhandenen und allen potenziellen künftigen Ansprüchen im Zusammenhang mit W.R.Grace&Co. erhalten, einschließlich solcher aus betrügerischer Übertragung und aus Asbestansprüchen sowie Freistellungen von Einkommensteuerforderungen, die sich auf die bei der Bestätigung des W.R.Grace&Co. Reorganisations- und Sanierungsplans nicht zur NMC gehörenden Mitglieder der steuerlichen Organschaft W.R.Grace&Co. beziehen. Nachdem der W.R.Grace&Co. Reorganisations- und Sanierungsplan bestätigt worden ist, wird Fresenius Medical Care gemäß der Vergleichsvereinbarung insgesamt 115 Mio US-\$ ohne Zinsen an die W.R.Grace&Co.-Konkursmasse bzw. an eine andere vom Gericht festgelegte Stelle zahlen. Es sind keine Schuldanerkenntnisse gemacht worden und es werden keine gemacht werden. Die Vergleichsvereinbarung wurde vom US-Konkursgericht genehmigt. Nach dem Zusammenschluss war W.R.Grace&Co. in einer mehrstufigen Transaktion im Zusammenhang mit der Sealed Air Corporation (Sealed Air, früher bekannt als W.R.Grace Holdings, Inc.) involviert. Fresenius Medical Care befindet sich in einem Rechtsstreit mit Sealed Air, um ihren Anspruch auf Entschädigung durch Sealed Air für alle Verluste und Aufwendungen von der Gesellschaft in Verbindung mit Steuerverbindlichkeiten vor dem Zusammenschluss und im Zusammenhang mit anderen Ansprüchen aus dem Zusammenschluss geltend zu machen. Gemäß der Vergleichsvereinbarung wird dieser Rechtsstreit bei Bestätigung eines Plans, der den Bedingungen der Zahlungsverpflichtungen von der Gesellschaft in Verbindung mit dem Rechtsstreit gerecht wird, öffentlich fallen gelassen.

Im April 2008 hat W.R. Grace & Co. bekannt gegeben, dass im Rahmen des Grace Chapter 11-Insolvenzverfahrens den Asbest-Gläubigerausschüssen und den Ausschüssen der Anteilseigner eine grundsätzliche Einigung zur Regulierung sämtlicher gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche asbestbedingter Personenschäden erzielt habe. Diese grundsätzliche Einigung und der damit in Zusammenhang stehende Reorganisations- und Sanierungsplan der W.R.Grace&Co. stehen unter dem Vorbehalt weiterer Bedingungen wie der Klärung von Ansprüchen weiterer Gläubiger und der Zustimmung durch das Konkursgericht und das Bezirksgericht.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

(ungeprüft)

(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

Am 4. April 2003 hat FMCH eine Feststellungsklage (Fresenius USA, Inc., et al., v. Baxter International, Inc., et al.) mit der Geschäftsnr. C 03-1431 beim US-Bundesbezirksgericht für Nordkalifornien eingereicht, mit der gerichtlich festgestellt werden soll, dass FMCH keine Patente der Firma Baxter International, Inc., ihrer Tochtergesellschaften oder ihrer verbundenen Unternehmen (Baxter) verletzt, dass die Patente ungültig sind und dass Baxter kein Recht und keine Befugnis hat, FMCH wegen der angeblichen Verletzung von Patenten der Firma Baxter eine Klage anzudrohen oder einen Prozess gegen FMCH zu führen. Allgemein betreffen die angeblichen Patente die Verwendung von Touchscreen-Schnittstellen für Hämodialysegeräte. Baxter hat Widerklage gegen FMCH auf Schadensersatz in Höhe von über 140 Mio US-\$ und auf Erlass einer einstweiligen Verfügung erhoben und behauptet, dass FMCH vorsätzlich die Baxter-Patente verletzte. Am 17. Juli 2006 hatte das Gericht der Klage von FMCH durch Geschworenenurteil stattgegeben und festgestellt, dass die fraglichen Baxter-Patente ungültig sind. Am 13. Februar 2007 hat das Gericht dem Antrag von Baxter, das zugunsten von FMCH ergangene Urteil aufzuheben, stattgegeben, die Patente wieder in Kraft gesetzt und deren Verletzung festgestellt. In Folge einer Wiederaufnahme des Verfahrens im Hinblick auf Schadensersatz hat das Gericht am 6. November 2007 Baxter durch Geschworenenurteil 14,3 Mio US-\$ zuerkannt. Am 4. April 2008 hat das Gericht Baxters Antrag auf ein neues Verfahren abgelehnt. Für den seit dem 7. November 2007 fortgesetzten Verkauf der FMCH-Hämodialysegeräte 2008K setzte das Gericht die Zahlung einer Lizenzgebühr an Baxter in Höhe von 10% des Verkaufspreises sowie für zugehörige Einwegartikel, Ersatzteile und Wartung in Höhe von 7% des Verkaufspreises fest, und untersagte den Verkauf des Geräts 2008K ab dem 1. Januar 2009. Die Gesellschaft hat gegen die Entscheidung des Gerichts bei dem Bundesberufungsgericht Rechtsmittel eingelegt. Die Gesellschaft ist hinsichtlich der Durchsetzbarkeit des Rechtsmittels zuversichtlich und hat für in diesem Zusammenhang gegebenenfalls entstehende Verpflichtungen keine Rückstellung gebildet. Sollten sämtliche Rechtsmittel der Gesellschaft, inklusive jeglicher gegen die Lizenzzahlungen eingelegter Rechtsmittel, nicht erfolgreich sein, so wären die gemäß gerichtlicher Verfügung hinsichtlich der Geräte und der Lieferung von Einwegartikeln an Baxter zu bezahlenden Lizenzgebühren auf einen monatlichen Betrag in Höhe von etwa zwei bis vier Millionen US-\$ zu beziffern. Ungeachtet des Ausgangs des Verfahrens fährt die Gesellschaft fort, an dem Gerät 2008K konstruktive Veränderungen vorzunehmen, die nach der Einschätzung von der Gesellschaft den Umfang der Ansprüche aus Lizenzzahlungen beschränken würden. Ferner geht Fresenius Medical Care davon aus, dass mit diesen Veränderungen auch die Zulässigkeit des Weiterverkaufs des modifizierten Geräts 2008K nach dem 1. Januar 2009, dem Datum des Inkrafttretens der Untersagung, erreicht werden wird.

Die australische Tochtergesellschaft der Gesellschaft, die Fresenius Medical Care Australia Pty Limited (Fresenius Medical Care Australien), und Gambro Pty Limited sowie Gambro AB (zusammen: Gambro-Gruppe) befinden sich in einem Rechtsstreit hinsichtlich Verletzungen und Schädigungen des Gambro AB Patents, welches das geistige Eigentum an einem System zur Herstellung von Dialyse- bzw. Ersatzflüssigkeit, dem Gambro Bicart Gerät, in Australien schützt (Gambro-Patent). Als Folge der Vermarktung eines Systems zur Herstellung von Dialyseflüssigkeit basierend auf dem Fresenius Medical Care Bibag-System in Australien haben die australischen Gerichte den Schluss gezogen, dass Fresenius Medical Care Australien das Gambro-Patent verletzt habe. Die Parteien befinden sich weiterhin in rechtlichen Auseinandersetzungen darüber, welche möglichen Schäden durch eine Patentrechtsverletzung entstanden sein könnten. Da der Patentrechtsstreit ausschließlich unter der australischen

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

(ungeprüft)

(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

Gerichtsbarkeit geführt wird, sind mögliche von Fresenius Medical Care Australien zu übernehmende Schadensersatzzahlungen auf mögliche Schäden, die die Gambro-Gruppe durch die Patentrechtsverletzung in Australien erlitten hat, begrenzt.

Sonstige Rechtsstreitigkeiten und potenzielle Risiken

RCG wurde als Beklagte in einer zum zweiten Mal erweiterten Klage, die am 13. September 2006 beim Chancery Court für den Bundesstaat Tennessee, Zwanzigster Gerichtsbezirk in Nashville gegen frühere Führungskräfte und Direktoren von RCG eingereicht wurde, benannt. Bei der Klage handelte es sich um eine Gruppenklage und Aktionärsklage wegen angeblicher unrechtmäßiger Handlungen und Verletzungen von Treuepflichten im Zusammenhang mit der Akquisition von RCG und einer vermeintlich nicht korrekten Rückdatierung und/oder Terminierung bei der Gewährung von Aktienoptionen. Die erweiterte Klage hatte die Bezeichnung Indiana State District Council of Laborers and Hod Carriers Rentenfonds, in seinem Namen und im Namen aller, die sich in der gleichen Lage befinden, und in Prozessstandschaft für RCG, Kläger, vs. RCG, Streitgenosse ohne Prozessinteresse und Gary Brukart, William P. Johnston, Harry R. Jacobson, Joseph C. Hutts, William V. Lapham, Thomas A. Lowery, Stephen D. McMurray, Peter J. Grua, C. Thomas Smith, Ronald Hinds, Raymond Hakim, und R. Dirk Allison, Beklagte. Mit der Klage wurden Schadensersatzansprüche gegen frühere Führungskräfte und Direktoren geltend gemacht. Mit ihr wurde kein Schadensersatzanspruch gegen RCG direkt verfolgt. Am 30. August 2007 wurde die Klage ohne Erweiterungsmöglichkeit abgewiesen. Der Kläger legte daraufhin Berufung ein, und der Sachverhalt ist bei dem Berufungsgericht von Tennessee anhängig.

Im Oktober 2004 haben FMCH und ihre Tochtergesellschaften, einschließlich RCG (vor der Akquisition von RCG), Vorladungen der US-Justizbehörden des Eastern District of New York erhalten. Im Rahmen dieser Vorladungen werden von diesen Gesellschaften umfangreiche Unterlagen zu den geschäftlichen Tätigkeiten von FMCH und RCG angefordert. Von besonderem Interesse sind hierbei Unterlagen zu einem bestimmten Hormontest (Parathyroid Hormone – PTH) und zu Vitamin D-Therapien für Dialysepatienten. Die Gesellschaft arbeitet mit den Justizbehörden zusammen, um deren Verlangen nach Informationen nachzukommen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sie sämtlichen Auskunftersuchen der staatlichen Prüfer in dieser Angelegenheit nachgekommen ist und dass beim Einsatz von PTH-Tests und Vitamin D-Behandlungen im Einklang mit den einschlägigen Gesetzen gehandelt wurde.

FMCH und ihre Tochtergesellschaften, einschließlich RCG (vor der Akquisition von RCG), haben eine Vorladung der US-Justizbehörden mit Sitz in St. Louis (Missouri), die im Zusammenhang mit zivil- und strafrechtlichen Voruntersuchungen stehen, erhalten. FMCH erhielt die Vorladung im April 2005, und RCG erhielt die Vorladung im August 2005. Mit der Vorladung werden Geschäftsunterlagen im Hinblick auf FMCH's und RCG's klinische Qualitätsprogramme, Aktivitäten zur Geschäftsentwicklung, Vergütungen für Klinikleiter und Beziehungen zu Ärzten, Joint Ventures, Anämie-Behandlungstherapien, RCG's Lieferunternehmen, pharmazeutische und sonstige Dienstleistungen, die RCG gegenüber Patienten erbracht hat, RCG's Beziehungen zu Unternehmen der pharmazeutischen Industrie und RCG's Erwerb von Dialysegeräten von FMCH angefordert. Der Generalinspektor des amerikanischen Gesundheitsamtes sowie die Staatsanwaltschaft für das "Eastern District" von Texas haben bestätigt, dass sie sich an der Überprüfung des Anämiemanagement-Programms, welche durch die amerikanische

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

(ungeprüft)

(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

Staatsanwaltschaft für das „Eastern District“ von Missouri durchgeführt wird, beteiligen. Am 17. Juli 2007 hat die US-Staatsanwaltschaft eine Zivilklage gegen RCG und FMCH in ihrer Eigenschaft als aktuelle Muttergesellschaft von RCG vor dem United States Bezirksgericht für das „Eastern District“ von Missouri erhoben. Mit der Klage werden Schadensersatzansprüche und Strafmaßnahmen im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit der Method II Zulieferungsgesellschaft von RCG im Jahr 2005 vor dem Erwerb von RCG durch FMCH geltend gemacht. Die Klage läuft unter United States of America ex. Rel. Julie Williams et al. Vs. Renal Care Group, Renal Care Group Supply Company und FMCH. Fresenius Medical Care ist der Ansicht, dass RCG die Leitung der Method II Zulieferungsgesellschaft im Einklang mit geltendem Recht durchgeführt hat und wird diese Position bei den Rechtsstreitigkeiten vertreten. Die Gesellschaft wird weiterhin bei den laufenden Ermittlungen kooperieren.

Im Mai 2006 hat RCG eine Vorladung vom US-amerikanischen Justizministerium, Southern District of New York, erhalten. Diese hat die Untersuchung der Abwicklung der Aktienoptionsprogramme von RCG, einschließlich des Vorgehens bei der Berechnung des Ausübungspreises für die einzelnen Tranchen, zum Gegenstand. Die Vorladung forderte die Erstellung von umfangreichen Unterlagen in Bezug auf das Aktienoptionsprogramm von RCG vor der Akquisition von RCG. Die Gesellschaft ist überzeugt, dass sie sämtlichen Auskunftsersuchen der staatlichen Prüfer in dieser Angelegenheit nachgekommen ist, und dass seitens der RCG die Ausgabe von Aktienoptionen im Einklang mit den einschlägigen Gesetzen erfolgte.

Im August 2007 hat der Sheet Metal Workers National Pensions Fund eine Klage vor dem Bezirksgericht von Kalifornien, westlicher Bezirk (Los Angeles), eingereicht, in der behauptet wird, dass Amgen, Inc., Fresenius Medical Care und Da Vita, Inc. Amgen's Produkte Epogen® und Aranesp® gegenüber Hämodialyse-Patienten für Anwendungen, die von der FDA nicht zugelassen sind, beworben haben. Dabei sollen gesetzliche Krankenkassen unnötige Verschreibungen für diese Produkte bezahlt haben. Es wurden Anträge eingereicht, die darauf gerichtet sind, dieses Verfahren mit anderen Verfahren, die sich allein gegen Amgen richten, zu einem einheitlichen Verfahren zusammenzulegen. Dies könnte unter Anwendung der Bundesvorschriften betreffend distriktübergreifende Rechtsstreitigkeiten geschehen. FMCH beabsichtigt, sich gegen den Vorwurf vehement zu verteidigen. Am 20. Februar 2008 gab das Gericht dem Antrag der FMCH statt, die FMCH aus dem Verfahren zu entlassen, ließ jedoch zu, dass das Verfahren gegen Amgen und DaVita fortgeführt wird. Allerdings gewährte das Gericht dem Kläger auch eine Frist, innerhalb derer dieser eine abgeänderte Klage gegen FMCH einreichen kann.

Am 27. November 2007 hat das Bundesbezirksgericht für den westlichen Bezirk von Texas (El Paso) zwei Anzeigen, die zuvor versiegelt durch eine sogenannte qui tam-Anzeigerstatterin, eine frühere Angestellte einer dortigen Klinik der FMCH, eingereicht worden waren, entsiegelt und deren Zustellung zugelassen. (Qui tam bezieht sich auf eine Regelung des United States False Claims Act, die es Privatpersonen ermöglicht, im Namen der U.S. Bundesregierung Klagen einzureichen, soweit sie glauben, von mutmaßlichen betrügerischen Handlungen Dritter Kenntnis zu haben.) Im Rahmen des ersten Verfahrens wird behauptet, ein Nephrologe habe in seiner Praxis zum Zwecke der Behandlung von Patienten unrechtmäßigerweise einen Assistenten beschäftigt, der hierfür nicht approbiert gewesen sei. Abrechnungen des Nephrologen und der FMCH gegenüber Medicare hätten daher gegen das Gesetz betreffend

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

(ungeprüft)

(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

unberechtigte Forderungen (False Claims Act) verstoßen. Im Rahmen des zweiten Verfahrens wird behauptet, FMCH habe sich gegenüber der Anzeigerstatterin unrechtmäßig verhalten, indem ihr Arbeitsverhältnis durch eine vom Arbeitgeber durch dessen Verhalten herbeigeführte arbeitnehmerseitige Kündigung beendet worden sei. Die Staatsanwaltschaft des „Western District of Texas“ hat es abgelehnt, sich in das Verfahren einzuschalten und den Vorgang im Namen der Vereinigten Staaten zu verfolgen. Der Prozessbevollmächtigte des Nephrologen hat erklärt, eine strafrechtliche Untersuchung der Behauptungen der Berichterstatterin dauere an und hat gegenüber dem Gericht beantragt, sämtliche Tätigkeiten im Rahmen des qui tam bis zum Abschluss der strafrechtlichen Untersuchungen auszusetzen. FMCH hat in dieser Angelegenheit keine weitere Mitteilung über die Anhängigkeit strafrechtlicher Untersuchungen erhalten. FMCH beabsichtigt, sich gegen die in den beiden Verfahren erhobenen Vorwürfe energisch zu verteidigen.

Die Gesellschaft hat es im normalen Geschäftsablauf häufig mit Rechtsstreitigkeiten und Schlichtungsverfahren zu tun. Die Unternehmensleitung prüft regelmäßig entsprechende Informationen sowie die Rechts- und Versicherungsdeckung der Gesellschaft und nimmt die erforderlichen Rückstellungen für möglicherweise aus solchen Verfahren resultierende Verbindlichkeiten vor.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft unterliegt, wie die anderer Gesundheitsdienstleister, strengen staatlichen Regulierungen und Kontrollen. Die Gesellschaft muss Vorschriften und Auflagen einhalten, die sich auf die Sicherheit und Wirksamkeit medizinischer Produkte und Zulieferungen, auf den Betrieb von Produktionsanlagen, Labors und Dialysekliniken sowie auf den Umwelt- und Arbeitsschutz beziehen. Die Gesellschaft muss ebenfalls die US-Gesetze über das Verbot illegaler Provisionen, gegen betrügerische Zahlungsanforderungen an staatliche Einrichtungen, das Stark Statut sowie andere US-Bundes- und Staatsgesetze gegen Betrug und Missbrauch einhalten. Die zu beachtenden Gesetze und Regulierungen können geändert werden, oder Kontrollbehörden oder Gerichte können die Vorschriften oder geschäftliche Tätigkeiten anders auslegen als die Gesellschaft. In den USA hat die Durchsetzung der Vorschriften für die amerikanische Bundesregierung und für einige Bundesstaaten eine hohe Priorität erlangt. Außerdem ermuntern die Bestimmungen des False Claims Act (betrügerische Zahlungsanforderungen), die dem Anzeigenden eine Beteiligung an den verhängten Bußgeldern zusichern, private Kläger, sogenannte „Whistleblower“-Aktionen einzuleiten. Angesichts dieses von Regulierungen geprägten Umfeldes und unter Berücksichtigung ihrer Vereinbarung zur Unternehmensintegrität („Corporate Integrity Agreement“) mit den US-Regierungsbehörden werden die geschäftlichen Aktivitäten und Praktiken der Gesellschaft auch in Zukunft Gegenstand intensiver Überprüfungen durch Regulierungsbehörden und Dritte sowie von Untersuchungsverlangen, Vorlagebeschlüssen, anderen Anfragen, Rechtsansprüchen und Gerichtsverfahren sein, die sich auf die Einhaltung der relevanten Gesetze und Regulierungen beziehen. Die Gesellschaft wird nicht in jedem Falle von vornherein wissen, dass Untersuchungen oder Aktionen gegen sie angelaufen sind; das gilt insbesondere für „Whistleblower“-Aktionen, die von den Gerichten zunächst vertraulich behandelt werden.

Die Gesellschaft betreibt eine große Anzahl und Vielfalt von Betriebsstätten in allen Teilen der USA. In einem derart dezentralisierten System ist es häufig schwierig, das wünschenswerte Maß an Aufsicht und Kontrolle über Tausende von Mitarbeitern sicherzustellen, die bei einer Vielzahl von Tochterunternehmen beschäftigt sind. Bei der Führung, dem Management und der Kontrolle

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

(ungeprüft)

(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

dieser Mitarbeiter verlässt sich die Gesellschaft auf ihre Führungsstruktur, auf ihre Regelungskompetenz und juristischen Ressourcen sowie auf die effektive Umsetzung ihres Programms zur Einhaltung von Verhaltensregeln. Trotzdem kommt es gelegentlich vor, dass die Gesellschaft feststellen muss, dass Mitarbeiter absichtlich oder versehentlich unangemessene oder falsche Abrechnungen eingereicht haben. Das rechtswidrige Verhalten solcher Mitarbeiter kann dazu führen, dass gegenüber der Gesellschaft Haftungsansprüche u.a. nach dem Anti-Kickback Statut, dem Stark Statut und dem False Claims Act geltend gemacht werden.

Es werden zunehmend Prozesse gegen Ärzte, Krankenhäuser und andere Akteure des Gesundheitswesens wegen fachlicher Fahrlässigkeit, Behandlungsfehler, Produkthaftung, Mitarbeiterentschädigungs- und ähnlicher Ansprüche angestrengt, von denen viele zu hohen Schadensersatzforderungen und zu erheblichen Anwaltskosten führen. Gegen die Gesellschaft sind auf Grund der Art ihres Geschäfts solche Prozesse geführt worden und werden gegenwärtig geführt, und es ist damit zu rechnen, dass auch in Zukunft von Zeit zu Zeit solche Verfahren angestrengt werden. Obwohl die Gesellschaft in angemessenem Umfang versichert ist, kann sie nicht garantieren, dass die Obergrenzen des Versicherungsschutzes immer ausreichend sein werden oder dass alle geltend gemachten Ansprüche durch die Versicherungen abgedeckt sind. Ein erfolgreich durchgesetzter Schadensersatzanspruch gegen die Gesellschaft oder gegen irgendeine ihrer Tochtergesellschaften, der den Versicherungsschutz übersteigt, könnte eine wesentliche negative Auswirkung auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sowie auf ihre Finanz- und Ertragslage haben. Jeder Schadensersatzanspruch, gleichgültig ob er berechtigt ist, kann das Ansehen und das Geschäft der Gesellschaft negativ beeinflussen.

Gegen die Gesellschaft sind auch Schadensersatzansprüche erhoben und Gerichtsverfahren eingeleitet worden, die sich auf angebliche Patentrechtsverletzungen und von der Gesellschaft erworbene oder veräußerte Unternehmen beziehen. Diese Ansprüche und Verfahren können sich sowohl auf den Geschäftsbetrieb als auch auf das Akquisitions- oder Veräußerungsgeschäft beziehen. Die Gesellschaft hat eigene Rechtsansprüche und Schadensersatzforderungen gestellt, wo dies angebracht war. Eine erfolgreiche Klage gegen die Gesellschaft oder eine ihrer Tochtergesellschaften könnte wesentliche ungünstige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sowie auf ihre Finanz- und Ertragslage haben. Sämtliche Ansprüche, unabhängig von ihrem sachlichen Gehalt oder dem Ausgang eines möglichen Verfahrens, können wesentliche ungünstige Auswirkungen auf den Ruf und die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft haben.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS
(ungeprüft)
(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

Rückstellung für Sonderaufwendungen für Rechtsangelegenheiten

Zum 31. Dezember 2001 hat die Gesellschaft eine Rückstellung für Sonderaufwendungen für Rechtsangelegenheiten in Höhe von 258.159 US-\$ (vor Steuer) gebildet, die ihre Einschätzung der Ausgaben widerspiegelt, die im Zusammenhang mit der Verteidigung und Regelung von Steuerforderungen aus der Zeit vor dem Zusammenschluss, von Ansprüchen im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss sowie von Ansprüchen privater Versicherungen auftreten können. Die Aufwendungen aus der Vergleichsvereinbarung und den Vergleichen mit den Versicherungen wurden zu Lasten dieser Rückstellung gebucht. Mit Ausnahme der vorgeschlagenen Zahlung in Höhe von 115.000 US-\$ gemäß der Vergleichsvereinbarung sind alle in der Rückstellung für Sonderaufwendungen für Rechtsangelegenheiten enthaltenen Sachverhalte beglichen. Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass ihre verbleibenden Rückstellungen die geschätzten künftigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der fortgesetzten Verteidigung und Regelung dieser verbleibenden Angelegenheit angemessen widerspiegeln. Es kann aber keine Gewähr dafür gegeben werden, dass die tatsächlichen Kosten, die der Gesellschaft entstehen, den Rückstellungsbetrag nicht überschreiten werden.

11. Finanzinstrumente

Im September 2006 verabschiedete das Financial Accounting Standards Board (FASB) den Standard Nr. 157, Fair Value Measurements (FAS 157). Der Standard etabliert ein Rahmenkonzept zur Berichterstattung des Fair Values (Marktwert) und erweitert die Offenlegungsvorschriften über die Marktwert-Bewertung. FAS 157 ist erstmals für Geschäftsjahre und deren Zwischenabschlüsse anzuwenden, die nach dem 15. November 2007 beginnen. Die am 12. Februar 2008 veröffentlichte FASB Staff Position Nr. 157-2 (FSP 157-2) sieht eine Verschiebung der Anwendung dieses Standards für nicht-finanzielle Vermögensgegenstände und Schulden für Konzernabschlüsse bis zum Geschäftsjahr beginnend am oder nach dem 15. November 2008 und den dazugehörigen unterjährigen Abschlüssen vor. Ausgenommen sind Vermögensgegenstände und Schulden, die regelmäßig (mindestens jährlich) innerhalb des Konzernabschlusses mit dem Zeitwert bewertet bzw. ausgewiesen werden. Der Fresenius-Konzern wendet diesen Standard seit dem 1. Januar 2008 an, mit Ausnahme der Abschnitte die durch FSP 157-2 geregelt werden.

Das Financial Accounting Standards Board („FASB“) verabschiedete, im Februar 2007 den Standard Nr. 159, *The Fair Value Option for Financial Assets and Financial Liabilities – Including an amendment of FASB Statement No. 115* („FAS 159“). FAS 159 erlaubt allen Unternehmen, bestimmte Finanzaktiva und -passiva zum Zeitwert zu bewerten (Fair Value Option) und gibt für die Ausübung dieses Wahlrechts die hierfür einschlägigen Zeitpunkte vor. Unrealisierte Gewinne und Verluste aus Positionen, für die die Fair Value Option gewählt wurde, müssen zu jedem folgenden Bilanzstichtag erfolgswirksam erfasst werden.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS

(ungeprüft)

(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

Die Fair Value Option

1. darf - mit wenigen Ausnahmen wie z.B. Investitionen, die nach der Equity-Methode erfasst werden - für jedes Finanzinstrument einzeln angewendet werden.
2. kann nur einmalig ausgeübt und später nicht mehr rückgängig gemacht werden (es sei denn, ein neuer Ausübungszeitpunkt tritt ein)
3. kann nur für ein Finanzinstrument insgesamt und nicht nur für Teile von diesem angewendet werden.

Der Gesellschaft verwendet Zinsswaps und Devisentermingeschäfte, die sowohl bei der erstmaligen Bilanzierung und zukünftig zum Marktwert bewertet werden. Bei Zinsswaps erfolgt die Bewertung durch Abzinsung der zukünftigen Zahlungsströme auf Basis der am Bilanzstichtag für die Restlaufzeit der Kontrakte geltenden Marktzinssätze. Für die Ermittlung der Marktwerte von Devisentermingeschäften wird der kontrahierte Terminkurs mit dem Terminkurs des Bilanzstichtags für die Restlaufzeit des jeweiligen Kontraktes verglichen. Der daraus resultierende Wert wird unter Berücksichtigung aktueller Marktzinssätze der entsprechenden Währung auf den Bilanzstichtag diskontiert.

Gemäß FAS 157 hat der Fresenius-Konzern bei der Marktwert-Ermittlung von Derivaten Kreditrisiken einzubeziehen. Entsprechend diesen Anforderungen ist das Kreditrisiko in die Ermittlung der Marktwerte der als Verbindlichkeiten bilanzierten Zinsswaps eingeflossen. Bei der Bewertung der passivierten Devisentermingeschäfte hat der Fresenius-Konzern aufgrund relativ kurzer Restlaufzeiten eigene Kreditrisiken nicht in die Ermittlung der Marktwerte miteinbezogen. Für die Bewertung der als Vermögensgegenstände bilanzierten Derivate wurde das Kreditrisiko der Vertragspartner vernachlässigt, da es sich um Partner einwandfreier Bonität handelt, deren Kreditrisiko als unwesentlich einzustufen ist.

In der folgenden Tabelle sind die Marktwerte der Finanzinstrumente der Gesellschaft zum 31. März 2008 gemäß der Marktwert-Hierarchie nach FAS 157 dargestellt.

in Tsd. US-\$

Kategorien der Aktiva und Passiva, die wiederkehrend zum Marktwert bewertet werden	Signifikanten sonstigen beobachtbaren Werten (Level 2)
Aktiva	
Derivate	22.072
Passiva	
Derivate	126.913

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS
(ungeprüft)
(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

12. Segment-Berichterstattung

Die Gesellschaft hat drei Geschäftssegmente identifiziert: Nordamerika, International und Asien-Pazifik. Sie ergeben sich aus der Art, wie die Gesellschaft ihre Geschäfte betreibt. Alle Segmente sind im Wesentlichen tätig in den Bereichen Dialyседienstleistungen, Produktion und Vertrieb von Produkten und Ausrüstungen für die Behandlung von terminaler Niereninsuffizienz. In den USA führt die Gesellschaft zusätzlich klinische Labortests durch und bietet stationäre Dialysebehandlung sowie andere Dienstleistungen im Rahmen von Verträgen mit Kliniken an. Die Gesellschaft hat die operativen Segmente International und Asien-Pazifik zum Segment „International“ zusammengefasst. Diese Zusammenfassung erfolgte wegen der Ähnlichkeit der in den beiden Segmenten vorherrschenden wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Ähnlichkeit bezieht sich u.a. auf die vertriebenen Produkte, auf die Art der Patientenstrukturen, auf die Vertriebsmethoden für Produkte und Dienstleistungen sowie auf das wirtschaftliche Umfeld.

Die Zielgrößen, an denen die Segmente vom Vorstand gemessen werden, sind so gewählt, dass diese alle Erträge und Aufwendungen beinhalten, die im Entscheidungsbereich der Segmente liegen. Der Vorstand ist davon überzeugt, dass der dafür am besten geeignete Maßstab das operative Ergebnis der Segmente ist, welches die Ertragskraft der Gesellschaft misst. Finanzierung ist eine zentrale Aufgabe, die nicht dem Einfluss der Segmente unterliegt, daher gehen Zinsaufwendungen für die Finanzierung nicht in die Zielgröße für ein Segment ein. Darüber hinaus werden die Kosten der Zentralbereiche, die im Wesentlichen Aufwendungen der Konzernzentrale in den Bereichen Rechnungswesen und Finanzen, Beratungsleistungen etc. beinhalten, nicht berücksichtigt, da es sich nach Ansicht der Gesellschaft um Kosten handelt, die nicht der Kontrolle der einzelnen Segmente unterliegen. Auch die Steueraufwendungen unterliegen nach Ansicht der Gesellschaft nicht dem Einfluss der Segmente.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS
(ungeprüft)
(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

Angaben über die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft für das 1. Quartal und 2008 und 2007 nach Segmenten enthält die folgende Tabelle.

in Tsd- US-\$	<u>Nord- amerika</u>	<u>International</u>	<u>Summe Segmente</u>	<u>Konzern</u>	<u>Gesamt</u>
1. Januar bis 31. März 2008					
Umsatzerlöse mit Dritten	1.667.541	843.995	2.511.536	188	2.511.724
Transfer zwischen den Segmenten	-	19.440	19.440	(19.440)	-
Umsatzerlöse	1.667.541	863.435	2.530.976	(19.252)	2.511.724
Abschreibungen	(55.447)	(40.155)	(95.602)	(1.024)	(96.626)
Operatives Ergebnis	272.652	143.244	415.896	(27.225)	388.671
Aktiva der Segmente	10.688.281	3.649.781	14.338.062	254.452	14.592.514
Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen (1)	165.988	64.798	230.786	115	230.901
1. Januar bis 31. März 2007					
Umsatzerlöse mit Dritten	1.636.573	684.098	2.320.671	-	2.320.671
Transfer zwischen den Segmenten	430	20.538	20.968	(20.968)	-
Umsatzerlöse	1.637.003	704.636	2.341.639	(20.968)	2.320.671
Abschreibungen	(53.046)	(31.367)	(84.413)	(499)	(84.912)
Operatives Ergebnis	258.449	120.578	379.027	(14.337)	364.690
Aktiva der Segmente	10.307.756	2.854.807	13.162.563	87.875	13.250.438
Investitionen in Sachanlagen und Akquisitionen (2)	122.029	84.410	206.439	43	206.482

(1) In den Akquisitionen des Segments International sind nicht-zahlungswirksame Akquisitionen von 2.369 US-\$ nicht enthalten.

(2) In den Akquisitionen des Segments International sind nicht-zahlungswirksame Akquisitionen von 3.685 US-\$ nicht enthalten.

FRESENIUS MEDICAL CARE AG & Co. KGaA
ANMERKUNGEN ZUM KONZERNABSCHLUSS
(ungeprüft)
(in Tsd., mit Ausnahme der Beträge je Aktie)

13. Zusätzliche Informationen zur Kapitalflussrechnung

Die folgende Übersicht liefert zusätzliche Informationen in Bezug auf die Konzern-Kapitalflussrechnungen:

in Tsd. US-\$	1. Januar bis 31. März	
	2008	2007
Zusätzliche Angaben zum Cash Flow		
Zinszahlungen	99.752	114.682
Zahlungen für Ertragsteuern	89.236	40.050
Mittelzufluss aus der Ausübung von Aktienoptionen	1.086	541
Zusätzliche Offenlegung von Cash Flow Informationen		
Zusätzliche Informationen zu Akquisitionen:		
Ausgaben für erworbene Vermögensgegenstände	(74.210)	(157.546)
Übernommene Verbindlichkeiten	3.758	40.118
Minderheiten	(3.279)	12.420
Als Teil des Kaufpreises aufgenommene Schulden	2.369	3.685
Barzahlungen	(71.362)	(101.323)
Abzüglich erworbene Barmittel	559	11.393
Nettoauszahlungen für Akquisitionen	(70.803)	(89.930)

Nachtragsbericht

Nach Schluss des 1. Quartals 2008 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten, die die ausgewiesenen Kennzahlen und Geschäftsergebnisse in irgendeiner Form nennenswert beeinflussen.

Corporate Governance

Die persönlich haftende Gesellschafterin vertreten durch den Vorstand der Fresenius Medical Care Management AG und der Aufsichtsrat der FMC-AG & Co. KGaA haben die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Entsprechenserklärung gemäß der zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex vom 14. Juni 2007 abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

Kontakte und Kalender

Kontakt

Fresenius Medical Care
61346 Bad Homburg
Tel. +49 6172 609 0
www.fmc-ag.de

Oliver Maier
**Leiter Investor Relations &
Corporate Communications**
Tel. +49 6172 609 2525
Fax +49 6172 609 2301
E-Mail: ir@fmc-ag.de

Nordamerika
Terry L. Morris
Tel. +1 800 948 2538
Fax +1 615 345 5605
E-Mail: ir@fmc-ag.de

Kalender 2008

Veröffentlichung zum 2. Quartal 2008

30. Juli 2008

Veröffentlichung zum 3. Quartal 2008

4. November 2008

Änderungen vorbehalten.